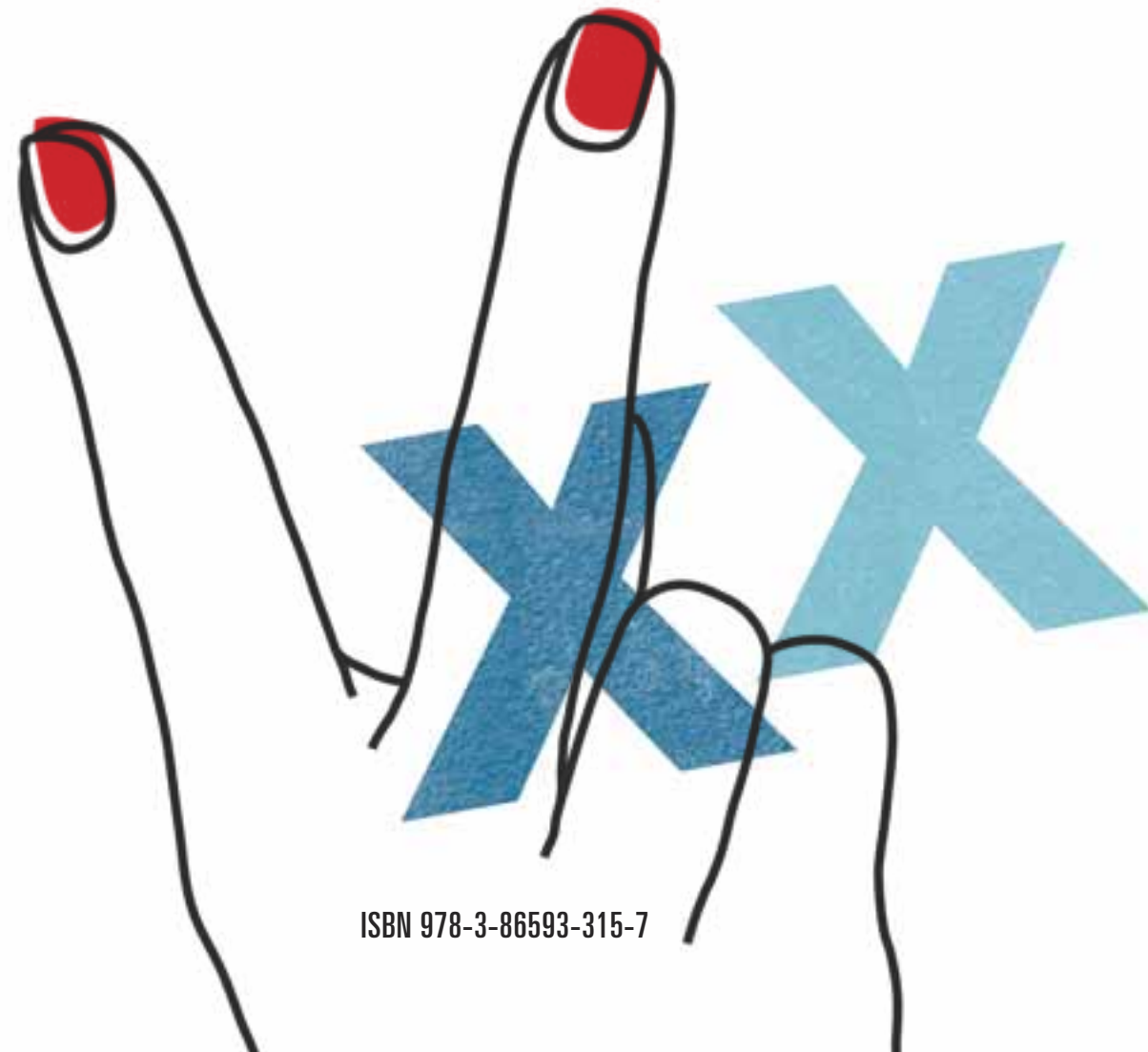
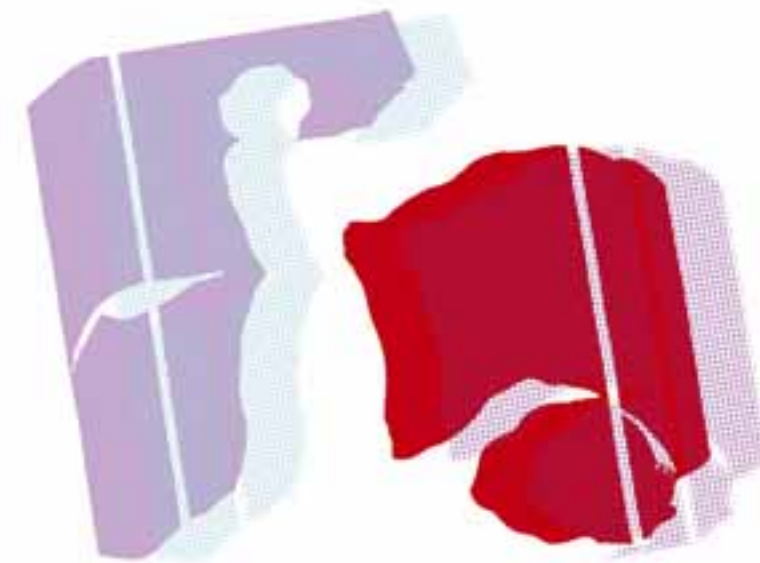


Magda Albrecht Jutta Allmendinger Katarina Barley Katrin Bauerfeind Buesra Baykan Rita Beck Silke Behrendt  
 Karin Beier Christiane Benner Verena Bentele Iris Berben Bärbel Bergerhoff-Wodopia Adolphe Binder Tatjana Böhm  
 Kajsa Borgnäs Monika Brandl Elke Büdenbender Jenny De la Torre Castro Birgit Dietze Brigitte Dittmann Anna Dollinger  
 Anke Domscheit-Berg Kerstin Doppstadt Malu Dreyer Elke Eller Ursula Engelen-Kefer Yasmin Fahimi Franziska Giffey  
 Edeltraud Glänzer Kübra Gümüsay Ulrike Guérot Friederike Habermann Kristina Hänel Claudia Hahn Elke Hannack  
 Monika Hauser Lisa Heckrodt Inge Henningsen Eva Högl Gisela Höhne Elke Holst Ulrike Hornung Sarah Jochmann  
 Kerstin Jürgens Anja Kampmann Carolin Kebekus Andrea Kocsis Julia Komp Annegret Kramp-Karrenbauer  
 Erika Krause-Schöne Irina Kretschmer Nicole Kröhnert Petra Kronen Constanze Kurz Ursula Latus Leah Leaf  
 Monika von der Lippe Stefanie Lohaus Maria Macher Fritzi Matthies Ruth Misselwitz Margret Mönig-Raane  
 Andrea Nahles Claudia Neusüß Gisela Oechelhaeuser Kerstin Oster Petra Pau Lore Maria Peschel-Gutzeit Heide Pfarr  
 Romely Pfund Suzanna Randall Shary Reeves Terry Reintke Anja Reschke Michaela Rosenberger Claudia Roth  
 Erni Schaaf-Peitz Ursula Schele Bärbel Schindler-Saefkow Stevie Meriel Schmiedel Christiane Schnura  
 Irene Schulz Alice Schwarzer Isabell Senff Christiane Shreve Heide Simonis Birgit Steinborn  
 Rita Süßmuth Marlis Tepe Petra Vogel Jenny Voss Edeltraud Walla Biggi Wanninger  
 Clara Maria Wengler Maria Wersig Marie-Luise Wolff Christiane Woopen  
 Linda Wozniak Monika Wulf-Mathies Tamina-Florentine Zuch



ISBN 978-3-86593-315-7

Ingeborg Wahle  
 Fotos von Christian Irrgang



Hans **Böckler**  
**Stiftung**   
 Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

Wir  
 haben  
 die Wahl!

100 Jahre Frauenwahlrecht  
 100 Frauen — aktiv  
 für eine starke Demokratie  
 und für ein gutes Leben



Vorwort	4
100 Jahre Frauenwahlrecht — viel bewegt, viel erreicht und viel mehr erhofft	6
Zeit der Hoffnungen	7
Die Stunde der Frauen	16
Wie eine Schnecke auf dem Eis	24
Literatur	44
Zu den Portraits	45
100 Frauen — Aktiv ...	46
... für eine offene, plurale und solidarische Gesellschaft	48
... für soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung	80
... für mehr Demokratie im Betrieb	120
... um die Zukunft sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten	150
... um Gläserne Decken zu durchbrechen	180
... um neue Räume zu erschließen	204
... um neue Wege der Solidarität zu erproben	232
Dank	262
Impressum	264

# 100 Jahre Frauenwahlrecht – viel bewegt, viel erreicht und viel mehr erhofft

## Zeit der Hoffnungen

Das Frauenwahlrecht ist die solidarische Antwort der Frauen auf ihre soziale und politische Lage im angehenden 20. Jahrhundert. Diese war für die meisten von ihnen alles andere als **Glück** verheißend. Die Zeit zwischen dem Deutschen Kaiserreich von 1871 über die November-Revolution 1918 bis zur Weimarer Republik war aber auch eine Phase der großen **Chancen** und **Hoffnungen**. Gerade Frauen begannen sich neue **Perspektiven** zu erträumen. Und sie waren bereit, sich dafür mit aller Kraft einzusetzen.

### Der Traum vom guten Leben

Die Zeit war voller Umbrüche. Gerade erst – 1871 – war das Kaiserreich gegründet worden, erstmals gab es die Aussicht auf einen längeren Frieden mit dem „Erzfeind“ Frankreich. Die Industrialisierung war in vollem Gange. Die Menschen vom Lande strömten in die Städte. Die Gewerbefreiheit hatte Anfang des 19. Jahrhunderts dafür gesorgt, dass neue Berufe entstanden und der Handel erblühte. Die Lebenserwartung nahm allgemein zu. Allein zwischen 1816 und 1845 wuchs die Reichsbevölkerung von 28,8 auf 34,4 Millionen Menschen.

Dies alles hatte aber auch Schattenseiten. Es entstand eine Unterschicht auf dem Lande. Und nicht nur hier, sondern auch in den sich entwickelnden Städten breiteten sich Armut, Hunger und Elend aus.

Bis ins 19. Jahrhundert hinein waren die feudalen Strukturen verantwortlich für die zunehmend prekären Lebensumstände der Landbevölkerung, die damals den größten Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachte. Die hohen Abgaben in Form von Geld, Naturalien oder

Arbeitskraft, die sie an den Feudalherren, die Kirche und als Steuer an den Staat entrichten mussten, trieben viele „freie Bauern“, ihre Angehörigen und ihr Gesinde in den Ruin. Immer mehr Menschen sahen sich zu Frondiensten in der Land-, Handwerks- oder Dienstleistungsarbeit gezwungen. Zwar war offiziell die Leibeigenschaft mit der Bauernbefreiung in den meisten Ländern des Deutschen Reichs Anfang des 19. Jahrhunderts aufgehoben worden – zuletzt im Königreich Hannover 1833. Die neuen Abhängigkeiten von den Gutsherren, in die nicht nur Männer, sondern auch immer mehr Frauen gedrängt wurden, waren allerdings oft nur graduell geringer.

Auch die Erbfolge auf dem Lande, die nach dem Prinzip der Realteilung funktionierte, führte dazu, dass immer weniger Menschen sich allein durch landwirtschaftliche Arbeit ernähren konnten. Denn bei jedem Erbgang wurde der Gesamtbesitz – besonders der Grundbesitz – zu gleichen Teilen unter den Erben aufgeteilt. Das führte dazu, dass nach einer endlichen Zahl von Erbgän-

## Eine Landarbeiterfrau: Wie es mir als „Dienstbotenfratz“ erging (um 1908)

**A**rmer Leute Kind, musste ich im Alter von 12 Jahren die Schule verlassen. Die Mutter diente bei einer „Herrschaft“, da ging es doch nicht an, dass ein „Dienstbotenfratz“ so lange in die Schule geht. Soll arbeiten lernen! ...

Kurz vor meinem 14. Lebensjahr kam ein benachbarter Förster und fragte meine Zieheltern, ob sie mich nicht entbehren könnten. Die Förstersleute hatten keine Dirn, und ich brauchte sonst nichts zu tun als folgen. Es war eine Wirtschaft mit drei Kühen und einigen Schweinen. Die Tochter war 20 Jahre alt; was für sie zu schmutzig und anstrengend war, musste das „Dirndl“ tun. So war ich von April bis Oktober Ausnützungsgegenstand, dann wurde ich überflüssig. Meine Ziehmutter bekam das, was ich mir den ganzen Sommer über „verdiente“, es waren zehn Kronen. Mittlerweile hatte sie mit einer Bäuerin vereinbart, dass diese im November ein „Menschtl“ brauch und da wär' ich grad das richtige. Der Bauer war Wirtschaftsbesitzer, Viehhändler und Fuhrwerksunternehmer. Leisten musste ich das gleiche wie ein vollständiger, erwachsener Dienstbote: morgens, längstens halb drei Uhr früh zum Frühstück, dann die Knechte ans Einspannen, wir in den Stall; sechs bis halb sieben Uhr mit der Stallarbeit fertig, bekamen wir die Jause, waren bis Mittag mit Futterscheiden für 30 bis 35 Rinder oder sonstigem beschäftigt. Das Haus war sehr rein, die Stube wurde täglich gescheuert. Jeden Samstag wurden außerdem nach dem Rosenkranzbeten sämtliche Räume im Erdgeschoss gescheuert. Das dauerte meist bis zwei oder drei Uhr früh, da war gerade Zeit zum Stallgehen. Dann ging's rasch zur Kirche, nicht um andächtig zu sein, sondern um den verlorenen Schlaf nachzuholen.

(Auszug aus Klucsarits, R./Kürbisch, F.G.:  
Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht, Wuppertal 1985, S. 106 f.)



Dienstbotin, um 1900



Frauen bei der Forstarbeit, um 1910

gen, abhängig von der Zahl der überlebenden Kinder, die bäuerlichen Höfe oft so weitgehend zersplittert waren, dass sich die Bewirtschaftung kaum noch lohnte.

Hinzu kamen häufig Missernten, eine in zahlreichen Regionen schlechte Bodenqualität und die wenig entwickelten Produktionsbedingungen auf dem Lande. Dies alles, zusammen mit dem rasanten Wachstum der Bevölkerung, führte dazu, dass es für die Menschen in ländlichen Gebieten – besonders für die besitzlosen und gering verdienenden unter ihnen – oft kaum noch etwas zu essen gab. Die Dörfer und Höfe boten großen Teilen der Landbevölkerung immer weniger Perspektiven für eine gesicherte Existenz.

Die hohen Geburtenziffern bei abnehmender Kindersterblichkeit verschärften diese Situation zusätzlich. 1875 brachte jede Frau im statistischen Durchschnitt an die fünf Kinder zur Welt. Doch wegen ihrer chronischen Unterernährung, ihrer körperlich harten Arbeit und der langen Arbeitszeiten in „häuslichen Diensten“ konnten viele Mütter ihre Säuglinge kaum noch stillen. Das führte dazu, dass viele der Kinder zu klein und untergewichtig blieben und wenig lebensfähig waren. Die mangelhafte medizinische Versorgung gerade auf dem Lande und katastrophale hygienische Verhältnisse führten überdies zu häufigen Infektionen und Epidemien.

Das Elend wäre noch schlimmer gewesen, wären nicht zwischen 1830 und 1870 mehr als 2,5 Millionen Menschen – besonders Bauern und Handwerker – vor allem aus den von Hungersnöten in den 1840er-Jahren besonders betroffenen Gebieten in die USA ausgewandert.

Der Traum von einer Existenz sichernden Arbeit und einem guten Leben verband sich daher für immer mehr Menschen mit der Stadt. In Kiel waren bereits Mitte der 1860er-Jahre zwei von drei Einwohnern über 14 Jahre gezogen und nur einer von dreien in der Stadt geboren. In Husum waren 1860 rund 43 Prozent der Gesamtbevölkerung beziehungsweise 57,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung nicht in der Stadt geboren, sondern zugewandert. Die meisten kamen aus dem ländlichen Nahbereich. Die Expansion der Städte entwickelte sich allerdings sehr unterschiedlich. So etwa war die Textilregion um Aachen schon in den 1830er-Jahren stark von Fabrikarbeit und hoher Zuwanderung geprägt. In anderen Regionen verlief die Urbanisierung dagegen viel langsamer.

Nach 1871 explodierte der Run der Landbevölkerung auf die Städte und die aufstrebenden Industriezentren. Arbeiteten 1800 noch rund 75 Prozent der deutschen Bevölkerung auf dem Lande und in der Landwirtschaft, waren es 1883 nur noch 42 Prozent und 1913 gerade mal 25,8 Prozent.

Vor allem ledige Männer zwischen 16 und 30 Jahren trieb es auf der Suche nach Arbeit aus ihrem dörflichen Umfeld heraus. Aber auch viele Frauen ergriffen ihre Chance, die „häuslichen Dienste“ und die harte, schlecht bezahlte Arbeit in der Landwirtschaft hinter sich zu lassen, um sich in prosperierenden Gegenden ein neues Leben aufzubauen.

Zuvor hatten viele Menschen auf dem Lande – besonders in den Einzugsbereichen der aufstrebenden Textilindustrie – durch Heimarbeit am Webstuhl versucht, ihre kargen Einkünfte aufzubessern. Aber auch das gelang immer weniger. Selbst wenn andere Familienmitglieder – von den Kindern bis zu den Alten – endlose Arbeitstage lang in die Klöppel-, Strick- und Webarbeiten eingespannt wurden, reichten die Einkünfte kaum aus, das Überleben zu sichern. Und die Konkurrenz durch die maschinelle Massenproduktion ließ diese Erwerbsquellen allmählich versiegen.

Alle Landflüchtigen einte die Hoffnung auf ein besseres Leben mit geregelterm Einkommen, einer sicheren Unterkunft und planbaren Arbeitszeiten. Und natürlich ging es ihnen auch darum, ihre Unabhängigkeit und neue Formen des sozialen Lebens zu erproben: Stadtluft macht frei!

## Die harte Wirklichkeit

**D**och in den Städten trafen die meisten Migrant\*innen vom Lande auf Armut und Elend, Wohnungsnot und schlimmste hygienische Verhältnisse. Günstige abgeschlossene Kleinwohnungen mit Küche und Bad gab es so gut wie nicht. Sie standen erst in der Weimarer Republik und im Zusammenhang mit der Förderung des Wohnungsbaus als öffentlicher Aufgabe zur Debatte. Und größere Wohnungen waren für die Neubürger unbezahlbar.

Dennoch standen in vielen Städten zahlreiche Wohnungen leer. So betrug der Wohnungsleerstand Mitte der 1890er-Jahre beispielsweise in Hamburg rund 15000, in Berlin sogar rund 300000 Wohnungen. Solvente Mieter konnten wählen, nicht aber die gering Verdienenden.

# Die Stunde der Frauen

Am 19. Januar 1919 konnten im gesamten Deutschen Reich zum ersten Mal auch Frauen an der Wahl für eine neue verfassungsgebende Nationalversammlung teilnehmen – und sogar selbst kandidieren. Ein langer, schwerer Kampf war diesem **ERFOLG** vorausgegangen – auch weil die Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene **FRAUENBEWEGUNG** keineswegs homogen war. Bedingt durch immense Unterschiede in ihrer Herkunft und ihren politischen Vorstellungen brachten die Frauen sehr unterschiedliche **IDEEN** ein und vertraten auch nicht die gleichen **INTERESSEN**. Dennoch gelang es schließlich, einen Großteil der bürgerlichen und proletarischen Frauen für zumindest eine gemeinsame Forderung zu gewinnen: **„HER MIT DEM FRAUENWAHLRECHT!“**

## Ein langer, schwieriger Kampf

In der Revolution von 1848 hatten Frauen an der Seite der Männer für ein Ende des Feudalismus, für mehr wirtschaftliche Freiheit, Demokratie und starke Rechte der Bürgerinnen und Bürger gekämpft. Das hatte ihr Selbstbewusstsein ziemlich gestärkt. Viele orientierten sich an den Ideen der Französischen Revolution. Aber sie hatten auch weitere internationale Vorbilder, denen sie nachempfanden. Die Forderung nach einem Frauenwahl-

recht verband sie nicht nur in Deutschland, sondern europaweit.

Unter den Männern in der Politik löste dies jedoch zunehmend Ängste aus. Aus ihrer Sicht drohte die geltende Ordnung der Geschlechter, ja des gesamten sozialen Gefüges, mit dem erwachten politischen Engagement der Frauen in Gefahr zu geraten. Sie zeigten daher keinerlei Interesse, die Frauen nach der Revolution 1848 an der



Demonstrationszug durch Berlin für die Einführung des Frauenwahlrechts, 19. März 1911



Olympe des Gouges  
(Pastell von Alexander Kucharski)

## Olympe des Gouges

**M**arie Gouze (geboren 1748 in Montauban) hat sich das Lesen und Schreiben selbst beigebracht und legte mit 36 Jahren ihr erstes Theaterstück vor – unter dem Namen Olympe de Gouges.

Sie war eine engagierte Verfechterin der Frauenrechte – zu ihrer Zeit ein radikaler Affront gegen (fast) alle Männer. Während der Revolutionsjahre schrieb sie viele politische Texte zu aktuellen Ereignissen, die sie als Broschüren, Flugblätter und Plakate druckte und verbreitete. Das ging selbst den Protagonisten der Französischen Revolution (1789 bis 1799) zu weit.

1791 verfasste Olympe de Gouges die feministisch-revolutionäre „Déclaration des droits de la Femme et de la Citoyenne“, die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin. Diese Rechte verfocht sie mit Leidenschaft und erklärte die neue Verfassung für illegitim, weil Frauen daran nicht beteiligt waren.

Die Herrschenden empfanden ihr Engagement als anmaßende Einmischung in die Männern vorbehaltene Politik. Schließlich wurde sie als Royalistin denunziert und am 3. November 1793 mit 45 Jahren hingerichtet. Ihre Erklärung der Frauenrechte aber war mehr als hundert Jahre später die Grundlage für die Einführung des Frauenwahlrechts in Europa (das die französischen Frauen erst 1944 erlangten).

Macht zu beteiligen, indem sie ihnen das Wahlrecht einräumten. Im Gegenteil setzten sie in der nachrevolutionären Phase der Restauration alles daran, ihre eigenen Privilegien zu sichern und die Frauen wieder in die „ihnen gemäße“ Häuslichkeit zurückzudrängen.

Einer ihrer wichtigsten Hebel dafür war der 1900 im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte „Gehorsamkeitsparagraf“ (§ 1354 BGB). Darin hieß es: „Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu; er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung. Die Frau ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des Mannes Folge zu leisten, wenn sich die Entscheidung als Missbrauch seines Rechts darstellt.“\*

Ebenfalls mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Status Quo zu zementieren, wurden Mitte des 19. Jahrhunderts Vereinsgesetze beschlossen, die die Frauen aus der Politik verbannen sollten. So untersagte Paragraph 8 des Preußischen Vereinsgesetzes ab 1850 „Frauenspersonen“, Schülern und Lehrlingen die Mitgliedschaft in Vereinen, „welche bezwecken, politische Gegenstände und Versammlungen zu erörtern“. 1854 wurden derartige Vereine schlicht verboten.

Frauen kamen damit in der Politik ebenso wie in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft – Bildung, Justiz, Kultur und Medien – auf absehbare Zeit nicht vor. Damit schmolzen ihre Hoffnungen auf umfassende Bildung, eine existenzsichernde Erwerbsarbeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zunächst dahin – bis sie neue Wege fanden, sich für ihre Rechte einzusetzen.

Viele der bürgerlichen Frauen akzeptierten allerdings ihren Ausschluss aus der Politik. Einige betrachteten ihn sogar als Notwendigkeit, die sich aus der natürlichen Bestimmung der Frau und aus ihrem Platz im Haus des – eigenen – Mannes ergebe. Bestenfalls wollten sie sich „ehrenamtlich“ engagieren, um Mädchen eine gute Bildung als Voraussetzung für einen guten Charakter angedeihen zu lassen und helfend in die Häuser der Armen gehen.

\* In der Bundesrepublik wurde dieser Paragraf erst am 18. Juni 1957 nach langem Ringen zwischen den Parteien ersatzlos gestrichen.

Louise Otto-Peters



Die proletarischen Frauen hatten bald erkannt, dass sie vom Staat keine Hilfe erwarten konnten. Der gab sich zwar gern (wirtschafts-)liberal, tastete aber patriarchale Strukturen nicht an, sondern hatte sie soeben mit dem Verbot weiblicher politischer Betätigung sogar noch verfestigt. Sie begannen – als Reaktion darauf – wie viele bürgerliche Frauen auch, auf soziale Initiativen auszuweichen und Selbsthilfe zu organisieren.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstand daher eine Vielzahl von Vereinen und Initiativen, in denen Frauen sich in erster Linie gegenseitig unterstützten. Das aber führte dazu, dass sie nach und nach damit begannen, ihre Interessen zu formulieren und an die Politik adressieren.

So etwa sorgte die Lehrerin Helene Lange (1848 bis 1930) für Aufsehen, als sie 1887 zusammen mit fünf anderen Frauen eine Petition an das preußische Unterrichtsministerium und an das Abgeordnetenhaus richtete. Darin forderten sie, die Mittel- und Oberstufen der Mädchenschulen auszubauen und staatliche Ausbildungsanstalten für Oberstufenlehrerinnen zu schaffen. Ohne Erfolg.

Auch die Schriftstellerin Louise Otto-Peters (1819 bis 1895), ließ sich von rechtlichen Einschränkungen nicht einschüchtern. Schon 1843 forderte sie „die Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“. Und 1849 kritisierte sie in der von ihr herausgegebenen „Frauen-Zeitung“ die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche: „Wo sie das Volk meinen, zählen die Frauen nicht mit.“

Selbst als ihr 1850 infolge des verschärften Presserechts („Lex Otto“) als Zeitungsmacherin ein Berufsverbot erteilt wurde, ließ sie sich nicht unterkriegen und kämpfte weiter für die Gleichstellung von Mann und Frau und für mehr Rechte speziell der Frauen aus den unteren Bevölkerungsschichten. Sie konzentrierte ihr Engagement darauf, Arbeiterinnen-, Frauenhilfs- und -bildungsvereine zu gründen, von denen einige bereits gewerkschaftsähnliche Züge hatten. Zum Beispiel berieten Arbeiterinnenvereine Frauen in Fragen der Entgelthöhe oder bei der Gestaltung von Arbeitsverträgen. 1865 gründete sie dann den „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“ (ADF) als Dachverband der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die Schriftstellerin Hedwig Dohm (1831 bis 1919) mischte sich ebenfalls schon früh in die Debatte um politische Aktivitäten von Frauen und das Frauenwahlrecht ein. Das nämlich betrachtete sie als Voraussetzung für jede weitere emanzipatorische Entwicklung und als Menschenrecht. „Menschenrechte haben kein Geschlecht“, betonte sie. Und entsprechend appellierte sie an die



Hedwig Dohm

Frauen: „Fordert das Stimmrecht, denn über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau.“

## Die Frauenbewegung formiert sich

Dennoch dauerte es Jahrzehnte, bis aus den wenigen Einzelstimmen ein überhörbarer Chor wurde. Eine wichtige Station auf diesem Weg war der schon erwähnte 1865 von Louise Otto-Peters, Auguste Schmidt (1833 bis 1902) und Henriette Goldschmidt (1825 bis 1920) gegründete Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF). Der hielt das Frauenwahlrecht zwar für wichtig, definierte es jedoch – auch unter dem Druck des Politikverbots – eher als Fernziel der damals neu entstehenden Frauenbewegung. Dem ADF ging es mehr um die tatkräftige Unterstützung von Frauen in den neu entstehenden Arbeiterinnen-, Dienstboten- und Näherinnenvereinen sowie um „die bessere Bildung des weiblichen Geschlechts“, beispielsweise durch die Einrichtung von Industrie- und Handelsschulen für Mädchen.

Nicht nur unter dem Dach des ADF, auch in der proletarischen Frauenbewegung schossen nun Hilfevereine – besonders in Berlin – geradezu aus dem Boden. Mitunter wurden sie in enger Zusammenarbeit von bürgerlichen,

## Mary Wollstonecraft

Mary Wollstonecraft (geboren 1759 in Spitafields, London) war eine englische Schriftstellerin, Übersetzerin und Philosophin. Als zweites von sechs Kindern eines Landwirts litt sie unter ihrer mangelnden Schulbildung, deshalb war eines ihrer großen Lebensziele die gleichberechtigte Schulbildung für Mädchen und Jungen. Mit 19 Jahren war sie Gesellschafterin einer älteren Dame und gründete anschließend zusammen mit ihren Schwestern eine private Schule in London, an der sie von 1779 bis 1786 unterrichtete. Während der Französischen Revolution reiste sie im Spätherbst 1792 nach Frankreich. Schon damals warnte sie vor der Sackgasse des Hausfrauen-Daseins: „Wie sehr beleidigen uns diejenigen, die uns anleiten, dass wir uns selbst zu sanften Haustieren machen.“ Sie hatte erkannt, dass Frauen in dieser Rolle zu „schwachen und elenden Geschöpfen“ gemacht wurden. In ihrem bekanntesten Werk „Die Verteidigung der Frauenrechte“ heißt es: „Die geschlechtsspezifische Schwäche, die die Frauen wegen ihres Unterhalts vom Mann abhängig macht, erzeugt eine Art katzenhafter Zuneigung, die eine Frau dazu bringt, um ihren Ehemann herumzuschurren, wie sie es bei jedem anderen Mann täte, der sie füttert oder streichelt. Männer sind jedoch zufrieden mit dieser Art der Zuneigung, die sich in tierischer Weise auf sie beschränkt.“



Mary Wollstonecraft (Gemälde von John Opie, um 1791)

niskasse für Frauen und Mädchen, die erste Krankenkasse nur für Frauen, bei der sogar in der Verwaltung Frauen das Sagen hatten. Emma Ihrer, die eine bedeutende Rolle in der entstehenden Gewerkschaftsbewegung spielte, war 1881 Mitgründerin des Frauen-Hilfsvereins für Handarbeiterinnen und 1885 des Vereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen, der unter anderem Lohnverträge mit einzelnen Unternehmen abschloss oder bei Lohnstreitigkeiten auch Rechtsschutz gab.

Auch wenn sich die Vereine schwerpunktmäßig und nach außen hin auf die sozialen Belange von Frauen konzentrierten: Die Aufgaben, denen sie sich tatsächlich widmeten, und die Ziele, die sie verfolgten, ebenso wie ihre interne Kommunikationsarbeit – aufgrund des seit 1850 bestehenden Presseverbots vor allem in Form von internen Rundschreiben – waren alles andere als unpolitisch.

Allen diesen Pionierinnen wurde es jedoch nicht leicht gemacht, für die Anliegen der arbeitenden Frauen einzutreten, um deren materielle Lage zu verbessern und mehr Rechte für sie einzufordern. Einige von ihnen waren gesellschaftlich geächtet und sahen sich mitunter staatlichen Repressalien ausgesetzt. Erst recht nach dem 1878 vom damaligen Reichskanzler Bismarck initiierten „Sozialistengesetz“ – „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Social-Demokratie“ (1878 bis 1890) –, das als machtvoller Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht war, bekamen es zahlreiche aktive Frauen immer wieder mit polizeilicher Gewalt zu tun. Manche landeten sogar – wie Pauline Staegemann 1879 – im Gefängnis. Einige wurden auch des Landes verwiesen oder flüchteten von sich aus ins Ausland, um einer Verhaftung zu entgehen.

Sobald der damaligen Reichsregierung das Handeln der Hilfs- und Arbeiterinnenvereine zu politisch erschien,



Postkarte mit Werbemarke zum Frauenstimmrecht von Anita Augspurg an Gretel Meisel-Heß

proletarischen und sozialistischen Frauen geführt. So etwa übernahmen Sozialdemokratinnen wie Berta Hahn und Pauline Staegemann (1838 bis 1909) führende Funktionen bei dem 1873 von ihnen gegründeten Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein.

Zu den Gründerinnen mehrerer Rechtsschutz-, Frauenhilfs- und Arbeiterinnenvereine zählten auch die Sozialdemokratinnen Gertrud Guillaume-Schack (1845 bis 1903) und Emma Ihrer (1857 bis 1911). Gertrud Guillaume-Schack gründete unter anderem die Central-Kranken- und Begräb-

# 100 Frauen 100 Leben 100 Ansichten

Magda Albrecht 234 Jutta Allmendinger 182 Katarina Barley 50 Katrin Bauerfeind 52  
Buesra Baykan 206 Rita Beck 122 Silke Behrendt 236 Karin Beier 184 Christiane Benner 186  
Verena Bentele 208 Iris Berben 54 Bärbel Bergerhoff-Wodopia 188 Adolphe Binder 190  
Tatjana Böhm 82 Kajsa Borgnäs 152 Monika Brandl 124 Elke Büdenbender 56  
Jenny De la Torre Castro 84 Birgit Dietze 126 Brigitte Dittmann 128 Anna Dollinger 210  
Anke Domscheit-Berg 58 Kerstin Doppstadt 154 Malu Dreyer 86 Elke Eller 192  
Ursula Engelen-Kefer 88 Yasmin Fahimi 60 Franziska Giffey 90 Edeltraud Glänzer 194  
Kübra Gümüsay 92 Ulrike Guérot 156 Friederike Habermann 158 Kristina Hänel 94  
Claudia Hahn 96 Elke Hannack 98 Monika Hauser 238 Lisa Heckrodt 240 Inge Henningsen 242  
Eva Högl 100 Gisela Höhne 212 Elke Holst 160 Ulrike Hornung 102 Sarah Jochmann 244  
Kerstin Jürgens 162 Anja Kampmann 164 Carolin Kebekus 62 Andrea Kocsis 130  
Julia Komp 214 Annegret Kramp-Karrenbauer 64 Erika Krause-Schöne 66 Irina Kretschmer 216  
Nicole Kröhnert 132 Petra Kronen 134 Constanze Kurz 166 Ursula Latus 218 Leah Leaf 246  
Monika von der Lippe 104 Stefanie Lohaus 248 Maria Macher 106 Fritzi Matthies 250  
Ruth Misselwitz 252 Margret Mönig-Raane 136 Andrea Nahles 68 Claudia Neusüß 168  
Gisela Oechelhaeuser 220 Kerstin Oster 170 Petra Pau 70 Lore Maria Peschel-Gutzeit 108  
Heide Pfarr 110 Romely Pfund 222 Suzanna Randall 224 Shary Reeves 112 Terry Reintke 72  
Anja Reschke 74 Michaela Rosenberger 196 Claudia Roth 76 Erni Schaaf-Peitz 172  
Ursula Schele 254 Bärbel Schindler-Saefkow 256 Stevie Meriel Schmiedel 258  
Christiane Schnura 260 Irene Schulz 138 Alice Schwarzer 114 Isabell Senff 140  
Christiane Shreve 142 Heide Simonis 198 Birgit Steinborn 200 Rita Süßmuth 78  
Marlis Tepe 144 Petra Vogel 116 Jenny Voss 226 Edeltraud Walla 146 Biggi Wanninger 228  
Clara Maria Wengler 174 Maria Wersig 118 Marie-Luise Wolff 176 Christiane Woopen 178  
Linda Wozniak 148 Monika Wulf-Mathies 202 Tamina-Floentine Zuch 230



# Aktiv für eine offene, plurale und solidarische Gesellschaft

# 1



„Wir werden nicht daran vorbei kommen, stärker Position zu beziehen.“

Dr. Katarina Barley (geboren 1968 in Köln) ist eine deutsch-britische Juristin, SPD-Politikerin und seit 2018 Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuvor war sie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und übernahm ab September 2017 zusätzlich geschäftsführend die Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Katarina Barley studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1998 an der Universität Münster. Nachdem sie als Anwältin für Medizinrecht, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht und als Richterin gearbeitet hatte, wurde sie 2008 Referentin im rheinland-pfälzischen Ministerium der Justiz. Politisch ist Katarina Barley seit 1994 in der SPD zuhause, für die sie in verschiedenen Funktionen in Rheinland-Pfalz aktiv war. 2013 wurde sie das erste Mal in den Bundestag gewählt. Als Abgeordnete des Wahlkreises Trier vertritt sie die Interessen der Menschen in der Stadt Trier und im Landkreis Trier-Saarburg. Von 2015 bis zu ihrer ersten Ernennung als Ministerin 2017 war sie Generalsekretärin der SPD.



Meine Karriere zur Ministerin verlief alles andere als geplant. Ich lebe seit vielen Jahren in Trier und war dort lange Zeit mit Leib und Seele Juristin. Mich interessierten vor allem zwei Bereiche: Demokratie, Parlamentarismus und Wahlrecht, aber auch das Medizinrecht. An eine berufliche Laufbahn in der Politik dachte ich damals zunächst gar nicht. Ich war relativ spät, nämlich erst mit 25 Jahren, in die SPD eingetreten. Aber ich war schon immer politisch interessiert. Meine Eltern gehörten der 1968-Generation an und nahmen die Meinungen von uns Kindern sehr ernst. Über das Weltgeschehen diskutierten sie viel mit uns, und auf jede Frage bekam ich eine Antwort. So habe ich mich von klein auf mit politischen Zusammenhängen beschäftigt.

Meine Mutter ist eine sehr emanzipierte Frau und engagierte Ärztin. Sie ist in vielerlei Hinsicht ein Vorbild für mich, weil sie sich nichts gefallen lässt. Eine streitbare Frau bis heute. Sie ist promoviert, mein Vater nicht. Deshalb war es für mich nichts Ungewöhnliches, als Frau eigene Wege gehen zu können und gelegentlich auch im Vordergrund zu stehen. Ich erinnere mich noch, wie sehr sich meine Großmutter danach geseht hatte, als Lehrerin arbeiten zu können – was ihr mein Großvater verboten hatte. Und ich sah, wie leidenschaftlich meine Mutter ihrer Arbeit bei ProFamilia nachging. Deswegen stand für mich fest, dass ich Chancen im Beruf wahrnehmen würde, wo immer sie sich böten.

Die Gelegenheit, in die Politik zu wechseln, ergab sich, nachdem ich mein zweites Kind bekommen hatte. Ich wurde damals gefragt, ob ich

mir vorstellen könnte, als Landrätin zu kandidieren – in einem sehr konservativen Kreis, der schon immer schwarz war. Niemand erwartete von mir, zu gewinnen. Gerade das motivierte mich, über einen Monat hinweg jeden Tag vier, fünf, oder gar sieben bis acht Termine wahrzunehmen. Am Ende reichte es zwar nicht für den Sieg, aber es war eine gute Übung für meine spätere Bundestagskandidatur. Hier bekam ich tolle Unterstützung, und der Wahlkampf hat mir wirklich Spaß gemacht. Ich blühte auf und die Partei ebenfalls. Am Ende konnten wir mit dem Ergebnis wirklich zufrieden sein.

Kurz nach meinem Einzug in den Bundestag bin ich Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion geworden. Damit gehört man qua Amt zum geschäftsführenden Fraktionsvorstand. Ende 2015 wurde mir dann angeboten, SPD-Generalsekretärin zu werden – aus meiner Sicht einer der anspruchsvollsten Jobs innerhalb einer Partei. Man steht ständig im Feuer, muss zu jedem Thema etwas sagen und sich gleichzeitig um die Partei kümmern. Das heißt: im Streitfall moderieren, Interessen abwägen, aber auch eigene Themen setzen und nach vorn bringen.

Ich freue mich, dass ich immer wieder tolle berufliche Chancen erhalten habe.

**Ich möchte Politik erklären, anfassbar und verständlich machen.**

Mein Anspruch ist es, Lösungen zu finden, um die wachsende Distanz zwischen Wählerinnen und Wählern und der Politik zu überwinden.

Es gibt Selbstvertrauen, wenn man etwas, das auch schiefgehen kann, in einem schwierigen Umfeld hinbekommt. Diese Erfahrung kann man dann wieder in die nächste Aufgabe einbringen. Wichtig ist nur, man muss etwas wagen!

Als ich das Frauen- und Familienministerium von Manuela Schwesig übernahm, fühlte ich mich in meinem Element. Wir hatten uns vorher schon einige Bälle zugespielt, und inhaltlich passte die Tätigkeit zu meiner Vorgeschichte. Insbesondere das Gesetz zur Stärkung der Pflegeberufe war mir sehr wichtig. Es geht auch darum, frauendominierte Berufe stärker anzuerkennen und wertzuschätzen.

Ich wurde oft gefragt, warum ein Frauenministerium noch notwendig ist, wo doch die Gleichberechtigung in Deutschland rechtlich schon weit vorangekommen ist. Die Vorbehalte bekam ich speziell während der Verhandlungen über einen Koalitionsvertrag zu spüren. Hier wurde deutlich, dass mit der Union beim Thema „Gleichstellung“ fast nichts zu machen ist. Am Paragraph 219 StGB\* wolle sie nicht rütteln, hieß es. Auch bei der Frauenquote hat sich die Union in den Verhandlungen kein Jota bewegt. Und wie sie sich dazu stellt, mehr zu tun, um Frauen gegen Gewalt zu schützen, Stichwort: Regelfinanzierung von Frauenhäusern, Frauen-Notrufen und so weiter, wird abzuwarten sein. Offensichtlich wurde: Die Union will sich auf die Themenfelder Familie und Senioren konzentrieren.

Das zeigt wieder einmal: Die Geschichte der Gleichstellungspolitik vollzieht sich in Wellen, mal geht es schneller, mal langsamer. Der Feminismus steht heute unter starkem Druck und muss sich gegen konservative Positionen von vorgestern wehren. Wir werden daher nicht daran vorbeikommen, stärker Position zu beziehen und sie in den Institutionen zu verankern. Man kann dabei auch verlieren – aber ohne diese Erfahrung entwickelt sich nichts weiter.

\* Der § 219a StGB ist in die öffentliche Kritik geraten, nachdem mehrere Ärztinnen und Ärzte angezeigt worden waren, die auf ihren Webseiten oder auf sonstigem Wege über die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs informierten. Die aus dem Jahr 1933 stammende Strafvorschrift verbietet es, für einen Schwangerschaftsabbruch zu werben.

# „ Ich habe eine Rolle, aber kein Amt.“

Elke Büdenbender (geboren 1962 in Weidenau, Kreis Siegen) ist Juristin und seit 2017 als Frau von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die „First Lady“ der Bundesrepublik Deutschland – eine Funktion, für die es noch keine offizielle Bezeichnung gibt. Nach einer Ausbildung zur Industriekauffrau in einem Siegener Maschinenbauunternehmen holte sie ihr Abitur auf dem Siegerland-Kolleg nach und begann 1985 an der Justus-Liebig-Universität in Gießen ein Jurastudium. Dort lernte sie 1988 Frank-Walter Steinmeier kennen. Nach ihrem ersten Staatsexamen zog das Paar nach Hannover, wo sie ihr Rechtsreferendariat machte. Eine Station absolvierte sie in Washington bei der Deutschen Botschaft. 1994 wurde sie Richterin am Verwaltungsgericht Hannover. Im Jahr 2000 wechselte sie als Richterin zum Verwaltungsgericht Berlin und war in den unterschiedlichsten Rechtsbereichen tätig. Sie ließ sich 2017 von ihrem Richteramt beurlauben. Elke Büdenbender und Frank-Walter Steinmeier sind seit 1995 verheiratet und haben eine gemeinsame Tochter.



Ich hatte gerade eine Urkunde als Dankeschön für meine langjährige Richtertätigkeit erhalten, als feststand, dass mein Mann für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren würde. Wir empfanden es beide als große Ehre, dass er für dieses Amt vorgeschlagen und schließlich auch gewählt wurde. Aber was dann auf mich zukommen würde, war mir nicht so ganz klar. Sollte ich meinen Richterberuf aufgeben, um „First Lady“ zu sein – könnte es mir ohne meinen Beruf überhaupt gut gehen? Einerseits übte ich diesen Beruf lange, gern und mit großem Engagement aus, andererseits reizte mich natürlich die neue Aufgabe, der ich auch unbedingt gerecht werden wollte.

Die Entscheidung, diesen Weg gemeinsam mit meinem Mann zu gehen, mich beurlauben zu lassen, habe ich dann für mich allein getroffen. So habe ich es immer gemacht, wenn wichtige Entscheidungen anstanden. Denn wenn man selbst entscheidet, kommt man auch über schwierige Phasen des Haderns leichter hinweg.

Als Frau des Bundespräsidenten muss ich – ähnlich wie als Richterin – erst einmal zuhören können. Aber anders als eine Richterin, die sich ja einzig an der Rechtslage zu orientieren hat, kann ich mich in meiner jetzigen Rolle den Bürger\*innen gegenüber stärker öffnen, um ihre Situation zu begreifen. Und statt darüber zu urteilen, ob ihnen Recht oder Unrecht widerfahren ist, kann ich öfter für konkrete Hilfe sorgen.

Angst vor etwas Neuem hatte ich nie. Ich komme aus der Nähe von Siegen, aus einem kleinen Dorf. In meiner Familie gab und gibt es viele Landwirte, Handwerker, Handwerks- und Industriemeister, Techniker und Konstrukteure. Meine Eltern waren zwar keine Akademiker, aber dennoch sehr bildungsorientiert. Ich hatte immer recht

gute Noten, deshalb bekam ich, wie noch drei weitere Freundinnen aus der Klasse, die Chance, die Aufbau-Realschule zu besuchen – in Siegen, das mit damals 100 000 Einwohnern bereits als Großstadt galt. Dadurch erweiterte sich mein Horizont schon erheblich.

Anschließend machte ich eine Ausbildung als Industriekauffrau bei einem Maschinenbau-Unternehmen. Dort engagierte ich mich in der Jugendvertretung, im Betriebsrat und trat 1979 in die IG Metall ein. Ich begann mich für Arbeitsrecht zu interessieren und beschloss mein Abitur nachzuholen und Jura zu studieren, was durch ein Stipendium möglich wurde. Während meines Studiums entwickelte ich dann großes Interesse am Öffentlichen Recht. Außerdem habe ich mich in der Fachschaft politisch engagiert. Mit der Entscheidung für das öffentliche Recht war ein Stück weit mein beruflicher Werdegang vorgezeichnet, und so wurde ich dann später Verwaltungsrichterin in Hannover.

Das Verwaltungsrecht fasziniert mich vor allem, weil es eine wichtige Säule unserer Demokratie ist, indem es das Verhältnis zwischen Bürger\*innen und Staat regelt und einer gerichtlichen Kontrolle unterwirft. Die Verwaltungsgerechtigbarkeit war schon in der Weimarer Republik eine wirkliche Errungenschaft. Bürger\*innen können sich gegen den Staat, seine Behörden und gegen Verwaltungsakte wehren, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt sehen. Das betrifft Demonstranten genauso wie Asylbewerber oder Schüler, die gegen ihre schlechte Benotung klagen, aber eben auch Bürger, die sich gegen negative Baubescheide wehren.

Meine Rolle als „First Lady“ – ein Begriff, den ich eigentlich nicht so gern mag, für den es aber keine echte sprachliche Alternative gibt – betrachte ich mit großem Respekt. Es gibt keinerlei Vorgaben für diese Position, sie ist nirgends wirklich geregelt, sondern lebt letztlich von derjenigen, die sie innehat. Mein Ziel ist es, möglichst wirksam zu sein und die Themen und Anliegen, die mir wichtig erscheinen und die meine Schwerpunkte bilden, voranzubringen.

Es gibt drei Aufgaben, die durch Schirmherrschaften traditionell von der „First Lady“ besonders intensiv wahrgenommen werden: das Müttergenesungswerk, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und UNICEF.

## Elke Büdenbender

Das Müttergenesungswerk beeindruckt mich beispielsweise sehr: Elly Heuss-Knapp hat es nach dem Krieg gegründet, um den damals oft völlig erschöpften Frauen eine Ruhepause zu ermöglichen. Sie hat ein regelrechtes Achtsamkeitswerk geschaffen, das dem Grundsatz folgt: „Schau‘ auf dich selbst, damit du für andere da sein kannst!“

Ich habe das Thema „Bildungsgerechtigkeit“ zu einem besonderen meiner Schwerpunkte gemacht: Es muss gelingen, dass jeder junge Mensch in die Lage versetzt wird, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und einen Beruf zu ergreifen, der ihm möglichst auch Freude macht. Dafür und besonders für diejenigen, die sich in der Schule schwer tun, weil sie unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, brauchen wir ein funktionierendes Jugendhilfe-System, das sich an den Bedürfnissen der jungen Menschen orientiert. Ganz wichtig ist mir auch, die duale Ausbildung in Deutschland aufzuwerten. Sie hat international einen hervorragenden Ruf. Ihre Qualität und die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems werden – auch von Eltern – zu oft unterschätzt. Dafür, dass sich Kinder und Jugendliche ohne Scheuklappen entscheiden können, und dafür, dass junge Frauen bessere Chancen erhalten, zu kunfts-fähige Berufe zu ergreifen, die sie ökonomisch unabhängig machen und ihnen vielfältige Lebensperspektiven eröffnen, mache ich mich besonders stark.

Meine Möglichkeiten sind natürlich begrenzt. Anders als der Bundespräsident habe ich eine Rolle und kein Amt. Aber ich kann öffentliche Aufmerksamkeit für beispielhafte Initiativen wecken. Ich kann mithelfen, sie zu unterstützen, und ich kann den Akteur\*innen Mut machen. Ich kann rausgehen – in kleine Ortschaften, an die Ränder der Städte, Ecken beleuchten, in die niemand gern schaut, um deutlich zu machen, was die Menschen berührt, um sie darin zu bestärken, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen.

Demokratie ist ein Prozess, und sie kann auch sehr anstrengend sein. Sie gründet sich nicht allein auf Wahlen, sondern Demokratie braucht Engagement und Teilhabe. Sie ist ein hohes Gut, für das einzutreten es sich jeden Tag lohnt. Auch dazu will ich die Menschen ermutigen, und ich bin dankbar, dass ich in meiner Rolle die Möglichkeit dazu habe.



”  
Die gute  
Kinderstube  
geht verloren.“

Bei der Polizei habe ich meinen Traumberuf gefunden. Die Gesellschaft vor einer zunehmenden Verrohung zu schützen und unsere Demokratie zu verteidigen ist mir gerade heute so wichtig wie nie zuvor.

Es war eher ein Zufall, dass ich zur Polizei kam. Ich hörte irgendwann 1988, dass für den Polizeidienst mal wieder Frauen eingestellt würden. Das war zu DDR-Zeiten alles andere als selbstverständlich, denn trotz des immer wieder propagierten Gleichheitsgrundsatzes wurden dort Frauen nur phasenweise eingestellt, wenn Fachkräftemangel bestand. Die meisten landeten relativ schnell im kriminalpolizeilichen Bereich, weil sie dort nicht unbedingt Wechselschicht machen mussten. Mich interessierte jedoch als junge Frau mit 22 Jahren der schutzpolizeiliche Bereich. Ich bin deshalb zur Transportpolizei gegangen.

Die Wende habe ich damals mit einem lachenden und einem weinenden Auge erlebt. Ich habe als junger Mensch an das System der DDR geglaubt und war von der Grundidee des Sozialismus überzeugt. Die Wende hat das alles erst einmal in Frage gestellt. Ich wurde zwar vom Bundesgrenzschutz, dem die Transportpolizei angegliedert wurde, übernommen. Aber praktisch musste ich wieder ganz von vorn anfangen.

Mein Einsatzgebiet ist im westlichen Mecklenburg und umfasst bahn- und grenzpolizeiliche Aufgaben der Bundespolizei. Wir sind unter anderem zuständig für grenzpolizeiliche Kontrollen – auf der Ostsee in der Berufs- und Kreuzschiffahrt, aber auch am Flughafen – sowie für die Sicherheit im Bahnverkehr. Wir werden allerdings auch zu Fußballereinsätzen geschickt.

Frauen sind im Polizeidienst generell in der Minderheit. Ihre Probleme dort sind die gleichen wie überall: Kinderbetreuung, Rückkehr nach Elternurlaub, Teilzeitarbeit. Mit meiner DDR-Vergangenheit wollten mir diese Themen zuerst nicht in den Kopf, als ich anfing, mich gewerkschaftlich zu engagieren. Ich betrachtete sie eher als Lappalien. Aber allmählich wurde mir klar, was uns jungen DDR-Frauen nach der Wende weggenommen worden war, ohne dass wir es richtig bemerkt hatten. Wir gingen immer noch davon aus, dass man nach der Babypause wie selbstverständlich wieder an seinen Vollzeit-Arbeitsplatz zurückkehren konnte – ein fataler Irrtum!

Als engagierte Polizistin wollte ich aber nicht nur innerhalb der Polizei, sondern auch nach außen hin mehr für die Frauen tun. Bis heute geht es mir darum, der allgegenwärtigen Gewalt gegen Frauen zu begegnen. Wir dürfen nicht abstumpfen, auch wenn wir das zehnte Mal in dem gleichen Haushalt wegen häuslicher Gewalt zum Einsatz kommen. Wir müssen uns immer wieder dafür sensibilisieren, jedem einzelnen Fall gewissenhaft nachzugehen, um die Frauen zu schützen, sie zu begleiten und mit Frauenhäusern und Interventionsstellen zusammenzuarbeiten.

Das gilt auch für Menschenhandel und Zwangsprostitution. Es ist schlimm, mitanzusehen, wie die Mädels auf den Strich geschickt, buchstäblich verheizt werden und dann in der Drogenszene landen. Jeden Tag geben sie ihren Körper immer wieder für 30 bis 50 Euro hin. Ich habe gesehen, wie Frauen aus anderen Ländern hier wie Ware verkauft worden sind. Es sind dabei kriminelle Strukturen am Werk. Für diese Dinge möchte ich auch die Öffentlichkeit stärker sensibilisieren, wo viele einfach wegschauen.

Überhaupt geht es in dieser Gesellschaft in den letzten Jahren immer rauer zu. Die gute Kinderstube geht verloren. Die Menschen leben individualisierter und werden immer aggressiver. Wir haben zwar statistisch gesehen bei den Gewaltdelikten einen Rückgang, doch die allgemeine Aggressivität hat stark zugenommen. Jedem ist alles zu viel. Aus meiner Sicht spielt die IT dabei eine wesentliche Rolle, WhatsApp beispielsweise: Ich muss gar nicht mehr groß sprechen oder gar argumentieren, sondern haue einfach mein Ding mit wenigen Worten raus. Hinzu kommt die rasende Schnelligkeit, mit der sich Wahres und Unwahres verbreitet.

Natürlich haben viele Menschen hier im Osten – aber ich möchte deutlich sagen: nicht nur hier – an Boden verloren, kommen mit vielen Sachen nicht mehr klar und vererben diese Verlorenheit an ihre Kinder und Enkelkinder. Wir Polizist\*innen sind dann der Prellbock und müssen mit den Folgen leben, mit Gewaltexzessen, deren Ursache zunehmend ungleiche Lebensbedingungen sind. Viele Landstriche sind von der Politik aufgegeben worden. In machen Regionen Deutschlands haben sich Ghettos gebildet, in die sich selbst die Polizei kaum noch hineinwagt.

Dies alles ist das Resultat von massiven Einsparmaßnahmen der vergangenen zwanzig Jahre im Öffentlichen Dienst. Es setzt sich fort an den Gerichten: Was bringt es, wenn einem jugendlichen Straftäter aufgrund der Überlastung der Richter\*innen erst zwei Jahre nach seiner Tat der Prozess gemacht wird? Im Schul- und Bildungsbereich haben wir das Gleiche. Wie kann Integration gelingen, wenn es nicht genügend Kita-Plätze gibt, die Schulen schlecht ausgestattet sind und es hinten und vorn an qualifiziertem Personal mangelt? Ich würde mich freuen, wenn es bei vielen endlich mal „Klick“ macht und der gesunde Menschenverstand einsetzt.

Wir müssen viel früher den Problemen auf den Grund gehen, mehr polizeiliche Prävention anstelle ständig steigender Effizienz. Wenn jetzt mehr Polizeistellen geschaffen werden, ist das gut, aber es wirkt erst in frühestens drei Jahren. Wir brauchen schon heute einen handlungsfähigen Staat und einen stärkeren Öffentlichen Dienst. Voran kommen wir nur, wenn auch die Bevölkerung mitzieht, sich mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und gegen die steigende Gewalt solidarisiert und ihr demokratisches Recht, wählen zu gehen, ausübt. Denn wer nicht wählt, hat auch keine Wahl!

Erika Krause-Schöne (geboren 1967 in Rostock) ist Polizeibeamtin und seit 2003 im gehobenen Dienst. Derzeit ist sie Dienstgruppenleiterin in Rostock. Nach der Polytechnischen Schule machte sie zunächst eine Berufsausbildung zum „Baufacharbeiter mit Abitur“. 1988 bewarb sie sich bei der Polizei und wurde im Oktober 1990 in den damaligen Bundesgrenzschutz als Angestellte im Polizeivollzugsdienst übernommen und 1992 zunächst auf Probe verbeamtet. Seit 1994 ist sie Beamtin auf Lebenszeit. 2000 studierte sie, um in den gehobenen Dienst aufzusteigen. Seit 2012 ist sie Mitglied im Hauptpersonalrat der Bundespolizei beim Bundesinnenministerium in Berlin und seit 2016 dessen stellvertretende Vorsitzende. Bereits seit 1983 ist sie gewerkschaftlich organisiert und, seit sie Polizistin ist, Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Erika Krause-Schöne ist verheiratet und hat einen Sohn.

”  
Je mehr du  
dich jagen lässt,  
desto mehr  
wirst du gejagt!

Kristina Hänel (geboren 1956 in Kassel) ist Ärztin und Sexualtherapeutin. Sie wurde am 24. November 2017 zu 6 000 Euro Geldstrafe verurteilt, weil sie Schwangerschaftsabbrüche vornimmt, die nach den strengen Richtlinien der deutschen Beratungsregelung zulässig sind – und auf ihrer Homepage darüber informiert. Das Amtsgericht Gießen wertete dies unter Berufung auf den Paragraphen 219a Strafgesetzbuch als „unerlaubte Werbung“. Kristina Hänel stammt aus einer Ärztfamilie. Nach ihrem Medizin- und Psychologiestudium in Gießen arbeitete sie von 1981 bis 2000 zunächst in der Schwangerschaftskonfliktberatung und später als Abtreibungsärztin bei Pro Familia in Gießen. 2001 eröffnete sie eine eigene Praxis. Sie betreibt außerdem einen Reiterhof, auf dem sie unter anderem Therapie für traumatisierte Kinder anbietet. Kristina Hänel ist geschieden und hat zwei Kinder.



## Kristina Hänel

mation, die Frauen benötigen, um ihr Recht wahrnehmen und selbstbestimmt entscheiden zu können. Der § 219a ist nicht veraltet, sondern war immer schon ein Unrechtsparagraf, der Frauen Informationen verweigern soll, um sie unter Kontrolle zu halten. Und er wird heute als Einstieg genutzt, um eine rückwärtsgewandte Ideologie in die Medien und die Bevölkerung zu tragen.

Mit dieser Ansicht stieß ich besonders nach der Urteilsverkündung im November 2017 auf große mediale Resonanz. Ich erfahre viel Zuspruch, bekomme aber auch immer öfter Drohungen aus dem rechtsradikalen Milieu, übelste Beschimpfungen und Gewaltandrohungen – meine Praxisadresse ist ja bekannt. Mir bleibt manchmal nichts anderes übrig, als vor öffentlichen Auftritten mit der Polizei Kontakt aufzunehmen, um die jeweilige Situation zu besprechen. Ständig die Angst im Nacken, dass irgendjemand mal durchdreht – das lässt niemanden kalt.

Anfang September 2018 hatte ich meinen Berufungstermin.\* Das Urteil wurde nicht revidiert. Deshalb plane ich, meinen Fall vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen, um darzulegen, dass der § 219a verfassungswidrig ist. Sollte es in Deutschland nicht zu einer Regelung kommen, bin ich fest entschlossen, vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen, um das Informationsrecht für Frauen im Falle ungewollter Schwangerschaft auf juristischem Wege durchzusetzen. Die Politik schafft das gegenwärtig offenkundig nicht. Die aktuelle Regierungskoalition hat das Thema fallen gelassen, obwohl die überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung dafür ist, den § 219a StGB zu streichen.

Ich sage mir immer: Auch das Frauenwahlrecht ist nicht von einem auf den anderen Tag gekommen, für Grundrechte lohnt es sich zu kämpfen. Ich tue das auch für meine Tochter und meine Enkelinnen. Sie sollen in einer Welt groß werden, in der sie selbstbestimmt leben können, in einer kindergerechten Gesellschaft. Denn jede Abtreibung ist auch eine Antwort auf die Frage, welche Welt sich eine Frau für ihr Kind wünscht. Da bleibt noch viel zu tun!

\* Das Landgericht Gießen hat am 12. Oktober 2018 das Urteil gegen die Ärztin Kristina Hänel im Berufungsverfahren bestätigt.

Nach wie vor werden Frauen ungewollt schwanger und bis heute fällt es nahezu jeder Frau, die in meine Praxis kommt, sehr schwer, sich für einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden. Fast immer geschieht dies aus einer Notlage heraus, und häufig spielt sexuelle Gewalt dabei eine Rolle.

Seit 1975 regelt der Abtreibungs-Paragraf 218 Strafgesetzbuch (StGB), dass Frauen unter bestimmten Bedingungen und nach vorausgehender Beratung durch einen Arzt oder eine Ärztin einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen dürfen. Ich habe in den frühen 1980er-Jahren bei Pro Familia derartige Beratungen durchgeführt und kenne mich daher bestens damit aus, was ein legaler Eingriff ist.

Als ich meine Praxis eröffnete, war der § 219a nahezu unbekannt. Er stammt aus dem Jahr 1933 und wurde von den Nazis geschaffen, um unliebsame Ärzte aus dem Beruf zu verbannen. Er ist deshalb auch sehr unklar formuliert. In ihm steht sinngemäß, dass man Schwangerschaftsabbruch nicht anbieten, ankündigen und anpreisen darf, um einen Vermögensvorteil zu erhalten. Sobald man also Geld damit verdient, ist man schon in Gefahr.

Ich habe von Anfang an auf meiner Homepage darüber informiert, dass in meiner Praxis Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden. Es war die einzige in Gießen und ich fand, Frauen hatten ein Recht darauf, zu erfahren, an wen sie sich wenden konnten. Ich habe den Inhalt sogar damals mit dem Justiziar der Ärztekammer Hessen abgesprochen. Im Gießener Alltag habe ich es nicht leicht gehabt und Diskriminierung erfahren. Eine Abtreibungsärztin ist oft persona non grata, das war für meine Kinder schwer. Erst durch die große öffentliche Resonanz hat sich die Situation geändert. Ich bekomme für meine Arbeit viel Anerkennung und bin als Expertin auf vielen Veranstaltungen gefragt.

Ungefähr vor zehn Jahren begannen Abtreibungsgegner den § 219a StGB zu entdecken. Sie waren der Meinung, dass jeder, der auf seiner Homepage auf das Thema „Schwangerschaftsabbruch“ hinweist, etwas Verbotenes tut und angezeigt werden muss. Gegen mich hatten sie zweimal Anzeige erhoben, diese hatte das Gericht aber – wie fast alle zu dieser Zeit – fallengelassen. Als ich 2015 ein weiteres Mal angezeigt wurde, habe ich damit gerechnet, dass auch diesmal nichts weiter passiert. Doch im Sommer 2017 kam es zur Anklage und gerichtlichen Vorladung.

Zwei Dinge haben die aktuelle Situation verschärft. Zum einen das zunehmend aggressive Vorgehen der Abtreibungsgegner – ähnlich wie in den USA, so auch in Europa. Es hat bereits Fälle gegeben, wo Frauen direkt vor der Beratungsstelle persönlich belästigt wurden. Deshalb brauchen wir dringend, wie es in mehreren europäischen Ländern diskutiert wird, eine Bannmeile um Beratungsstellen. Zum anderen gibt es mittlerweile ein folgenschweres Urteil des Europäischen Gerichtshofs, angestrengt von dem sich offen als Abtreibungsgegner bekennenden Klaus Günter Annen und seinen Gefolgsleuten. Demnach sind die Inhalte von Webseiten wie Babycaust mit seinen abscheulichen Darstellungen, widerlichen Desinformationen und dem absurden Vorwurf, Abtreibungsärzte seien Mörderinnen und Mörder, von der Meinungsfreiheit gedeckt. Das hat dieser europaweiten fundamentalistisch-ideologischen Bewegung Auftrieb gegeben. Und viele Demokratinnen und Demokraten haben dies nicht rechtzeitig erkannt.

Ich hätte vor Gericht klein beigeben können. Mich zurückzunehmen hatte ich ohnehin gelernt in dieser Gesellschaft, für die Abtreibung noch immer anrüchlich ist. Aber irgendwann ist eine Grenze erreicht und du sprüht: Je mehr du dich jagen lässt, desto mehr wirst du gejagt. Außerdem bin ich fest davon überzeugt, dass das, was auf meiner Webseite steht, keine Werbung ist, sondern reine Infor-



Obwohl das Projekt europaweit kopiert wird, kämpfen wir bislang vergeblich um eine Regelfinanzierung.



# Maria Macher

Schwerpunkt der Beratung durch die Stadtteilmütter ist, die Erziehung von Kindern bis zu zwölf Jahren zu unterstützen. Gemeinsam mit Bildungs- und Sozialeinrichtungen, mit Kinderärzten, aber auch mit den Stadtteilmüttern selbst haben wir – als Träger des Projekts – zehn Themen identifiziert, die für alle Eltern wichtig sind. Dazu zählen Schulsystem, Gesundheitssystem, körperliche Entwicklung und Sexualität sowie Suchtvorbeugung, Ernährung, Medienerziehung und Unfallvermeidung. Jede Familie hat die Möglichkeit, zehn Besuche zu bekommen, um über diese Themen zu reden. Dabei versucht die Stadtteilmutter herauszuhören, wo es vielleicht größere Probleme gibt und ob eine professionelle Beratung gut wäre. Dabei kann sie die Familie dann auch begleiten und Brücken bauen zu den offiziellen Stellen.

Von Anfang an war aber auch klar: In einem Bezirk mit derart hoher Arbeitslosigkeit machen wir das nicht als Ehrenamt, sondern die Frauen werden für ihre Tätigkeit entlohnt. Anfangs auf Honorarbasis, später gab es eine Kooperation mit dem Jobcenter, und seit 2006 arbeiten wir über Beschäftigungsmaßnahmen, also als Einrichtung des zweiten Arbeitsmarkts. Das heißt, die Frauen bekommen Mindestlohn und haben einen Arbeitsvertrag mit der Diakonie. Die wiederum bekommt diese Vergütung über das Job-Center und das Land Berlin erstattet.

Für viele Frauen ist das die erste bezahlte Tätigkeit, die sie in Deutschland ausüben, manchmal auch die erste überhaupt in ihrem Leben. Oft ist die ganze Familie stolz darauf. Die Kinder sagen: „Meine Mutter ist Stadtteilmutter, sie verdient Geld, sie kennt sich gut aus im Bezirk, sie ist eine wichtige Person.“ Die Stadtteilmütter ar-

beiten dreißig Stunden pro Woche. Neben der Beratung gibt es einmal pro Woche eine Teamsitzung mit den Koordinatorinnen, außerdem fortlaufende Qualifizierungen, auch zu Themen, die nicht unmittelbar mit der Kindererziehung zu tun haben – beispielsweise Demokratie, deutsche Geschichte, Frauengesundheit.

Es sind ja immer wieder andere Gruppen, die beraten werden müssen, und entsprechend ergeben sich neue Aspekte in der Arbeit. Anfangs sind wir vor allem in türkische und arabische Familien gegangen. Dann, nach der EU-Osterweiterung, haben wir sehr viele Roma-Familien betreut. Da haben es die Stadtteilmütter und wir als Projekt mit Armut zu tun bekommen, wie wir sie zuvor nicht kannten. Da mussten wir nicht mehr über gesunde Ernährung und Biokost sprechen, sondern darüber, wo die Familie kostenloses Essen herbekommt. Seitdem haben wir auch das Thema „Antiziganismus“ in die Qualifizierungen aufgenommen, weil einzelne Stadtteilmütter selbst auch Vorurteile hatten. Sie mussten lernen, sich zu öffnen und ihr eigenes Verhalten zu reflektieren. Und wir haben dann auch erste Stadtteilmütter mit Roma-Hintergrund qualifiziert.

Derzeit sind rund siebzig Stadtteilmütter hier in Neukölln im Einsatz – angefangen haben wir damals mit zwölf. Von den Vorteilen einer Kita muss heute kaum noch eine Familie überzeugt werden, stattdessen geht es jetzt darum, einen Kita-Platz zu finden, der in der Nähe ist. Darauf sind besonders Familien mit mehreren Kindern und wenig finanziellen Ressourcen angewiesen. Die können morgens nicht durch die halbe Stadt fahren, um ihre Kinder auf mehrere Kitas zu verteilen.

In den vergangenen 16 Jahren haben wir rund 500 Stadtteilmütter qualifiziert. Einige konnten danach in den ersten Arbeitsmarkt wechseln, zwei haben ein Studium begonnen. Aber viele Frauen, die diese Arbeit fantastisch machen und sehr viel bewegen können, haben keinen Schulabschluss und keine Berufserfahrung. Ich würde mich freuen, sie nicht nur befristet für zwei Jahre, sondern langfristig im Projekt behalten zu können – als feste Ansprechpartnerinnen für Kitas und Schulen. Aber dazu bräuchten wir eine Regelfinanzierung, um die wir bisher vergeblich kämpfen – trotz aller Preise und Auszeichnungen, die wir für das Projekt bekommen haben, und obwohl es europaweit kopiert wird.



Die Idee der „Stadtteilmütter“ ist in einem Viertel in Berlin-Neukölln entstanden, in dem die Arbeitslosigkeit besonders hoch war und wo viele Migrantenfamilien lebten. Nur die Hälfte der Kinder aus diesen Familien haben eine Kita besucht. Die anderen kamen direkt zu Hause in die erste Klasse und hatten entsprechend große Startschwierigkeiten. Mit den bis dahin existierenden Beratungs- und Hilfsangeboten ließ sich dagegen nichts ausrichten, weil die meisten der betroffenen Familien sehr konservativ und zurückgezogen leben. Die gehen in keine Beratungsstelle, sondern fragen eher die Schwägerin oder die Nachbarin um Rat.

Da haben wir angesetzt und Frauen gesucht, die diese Familien besuchen und mit den Müttern auf Augenhöhe kommunizieren. Voraussetzung dafür ist, dass sie selbst eine Migrationsgeschichte und entsprechende Sprachkenntnisse haben, über eigene Erfahrungen mit der Kindererziehung verfügen und sich im Stadtteil gut auskennen.

Maria Macher (geboren 1971 in Tatabanya/Ungarn) ist Projektleiterin und Mitinitiatorin des Projekts „Stadtteilmütter“ in Berlin-Neukölln. Nach ihrer Ausbildung als Diplom-Pädagogin arbeitete sie in der Familienhilfe mit türkisch- und arabischsprachigen Familien. Seit 2003 ist sie Mitarbeiterin der Diakonie, für die sie 2004 das Projekt „Stadtteilmütter“ entwickelte. Maria Macher ist Mutter von zwei Kindern.



**P**utzen ist eine Frauendomäne. Nur in der Geschäftsleitung und bei den Prokuristen gibt es fast ausschließlich Männer. Aber das rechtfertigt nicht, dass Frauen in dieser Branche derart niedrig bezahlt werden.

Ich arbeite jetzt schon seit 31 Jahren bei der Servicegesellschaft für das Universitätsklinikum Bergmannsheil. Nach meinem Fachabitur habe ich zunächst angefangen, Sozialpädagogik zu studieren. Aber das war nichts für mich. Dann bin ich ein bisschen in der Weltgeschichte herumgetingelt, habe verschiedene kleine Jobs gemacht, aber nie auf Dauer.

Irgendwann sagte mir meine Tante, dass bei ihr im Krankenhaus Leute gesucht würden. Ich habe mich daraufhin bei Bergmannsheil auf einen Minijob beworben und bin sofort genommen worden. Damals lag die Geringfügigkeitsgrenze bei 390 DM. Eigentlich wollte ich nur Urlaubsvertretung machen, aber nach drei Monaten haben die mir gesagt, dass ich richtig gute Arbeit mache und sie mich nicht verlieren wollen. Seitdem arbeite ich auf Steuermkarte und nicht mehr geringfügig.

Im Reinigungsbereich dieses Klinikums sind überwiegend – zu rund 95 Prozent – Frauen beschäftigt. Es gibt ein paar wenige Männer, die meisten arbeiten nachts oder machen die körperlich schwere Arbeit: Betten schieben, Güter von der Apotheke abholen, Lager auf den Stationen befüllen. Auch ganz oben in der Hierarchie arbeiten Männer. Doch in den unteren Bereichen, auch in den unteren Führungsfunktionen – Bereichsleitung und Objektleitung etwa für Intensiv, OP – gibt es nur Frauen. Und ich finde es super, dass sich immer mehr Frauen zutrauen, Vorgesetzte zu sein.

In den letzten zehn Jahren hat sich ohnehin viel geändert, nur bei der Lohnhöhe hat sich nicht so viel getan. Hier gilt der Flächentarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks. Unseren größten Erfolg haben wir in diesem Jahr erreicht: Die Löhne

in West und Ost sind nahezu angeglichen, bis 2020 soll die Lücke ganz geschlossen werden. Im Westen liegt der Stundenlohn aktuell – hier gilt der gesetzliche Mindestlohn – bei 10,30 Euro, im Osten noch bei 9,55 Euro Euro.

Die Arbeitgeber haben mittlerweile erkannt, dass sie so in manchen Gegenden – ob Ost oder West – gar keine Reinigungskräfte mehr bekommen. Es gibt niemanden mehr, der für 10,30 Euro in der Stunde 400 Quadratmeter putzt. Es bleibt ja nicht nur beim Fußboden, da gibt es auch Griffbereiche, Waschbecken, Nasszellen und Toiletten, da sind Tische, Stühle und Fensterbänke, mitunter auch – wie hier im Krankenhaus – Geräte, die du gründlich abwischen musst. Das ist ein richtig stressiger Job, wenn du das alles in der vorgegebenen Zeit schaffen willst. Ich nenne das „Turbo-Putzen“.

Und das alles wird ja immer komplizierter. Wenn du im OP saubermachst, ein Tbc-Zimmer reinigst oder es mit Krankenhauskeimen zu tun hast, die resistent sind, dann musst du alles, aber auch wirklich alles putzen und dazu noch in einer vorgeschriebenen Reihenfolge und mit speziellen Desinfektionsmitteln.

Besonders wichtig war für uns, um sowohl die Patient\*innen als auch die Kolleginnen zu schützen, mit dem Arbeitgeber Einarbeitungszeiten für Neulinge zu vereinbaren. Die Betriebsvereinbarung schreibt vor, dass Leute, die im OP oder im Intensivbereich arbeiten, eine mindestens 14-tägige Einarbeitungszeit bekommen. Außerdem wird künftig verstärkt darauf geachtet, dass die Beschäftigten in diesen Tätigkeitsbereichen einigermaßen fit in Deutsch sein müssen, damit sie in schwierigen Situationen richtig und schnell handeln können.

Die Arbeitgeber sind uns auch schon in anderen Dingen entgegengekommen, beispielsweise bei der Einsatzplanung und den Arbeitszeiten. Wir haben inzwischen ausreichend Springer, und wenn es besonders eng wird, können die Reinigungsfrauen von Teilzeit auf Vollzeit aufstocken.

Viele Verbesserungen in den letzten Jahren gehen vor allem auf das gestiegene Selbstbewusstsein der Reinigungsfrauen zurück. 2009 haben die Gebäudereiniger\*innen sich erstmals getraut zu streiken. Wir wollten damit deutlich machen, dass wir nicht die doofen Putzfrauen und

minderwertig sind. Über Tag sind wir zwar nahezu unsichtbar, aber ohne uns würde Deutschland im Dreck versinken.

Der Streik begann zunächst etwas zögerlich, aber schon nach dem zweiten Streiktag hatten wir tausend Frauen im Streiklokal. Und das war bundesweit so. Wir haben es dadurch geschafft, in die Medien zu kommen, die sich richtig auf uns stürzten. Die Unterstützung aus der Bevölkerung und der Presse war zum Schluss irre groß und hat uns unheimlich geholfen.

Aber wir sind immer noch weit von einer akzeptablen Entlohnung entfernt. Vielen von uns droht die Altersarmut. Ich selbst werde nach 41 Jahren und einer 39-Stunden-Woche mit gerade mal 650 Euro Rente auskommen müssen. Und wir 650 000 Reinigungskräfte sind ja nicht die einzigen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Ein Riesenheer von Menschen wird im Alter nicht genug zum Leben haben. Wenn der Staat verhindern will, dass die alle aufstocken, muss er dringend was tun. Wir haben vor Kurzem ausgerechnet, dass unser gesetzlicher Mindestlohn bei 12,23 Euro liegen müsste, um eine existenzsichernde Rente zu ermöglichen.

Mit Angela Merkel habe ich darüber schon gesprochen, als wir beide zu einer Fernsehsendung eingeladen waren. Ich habe sie auf das Rentensystem in Österreich aufmerksam gemacht, wonach ich mindestens 1 050 Euro monatlich bekommen würde. Sie hat dann nur lapidar gesagt, dass die Österreicher dann wohl im Moment das bessere Rentensystem hätten.

Die erreichte Ost-West-Angleichung macht uns Mut, bei der nächsten Tarifrunde eine satte Lohnerhöhung einzufordern. Wir sind zwar die Unsichtbaren, aber wir werden uns schon gut sichtbar machen. Ansonsten versinkt eben das Land im Dreck.

**Petra Vogel (geboren 1957 in Bochum) ist seit 31 Jahren Reinigungskraft in einer Servicegesellschaft des Berufsgenossenschaftlichen Universitätsklinikums Bergmannsheil in Bochum und dort seit 2001 Vorsitzende des Betriebsrats. Zuvor hatte sie die Fachhochschulreife erworben und kurze Zeit Sozialpädagogik studiert. Petra Vogel ist glücklicher Single und hat keine Kinder.**

”  
Über Tag sind wir nahezu unsichtbar, aber ohne uns würde Deutschland im Dreck versinken!



„  
Chancengerechtigkeit  
ist nichts anderes  
als Gute Arbeit.“

Edeltraud Glänzer (geboren 1955 in Hannoversch-Münden) ist seit 2013 stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Nach dem Besuch der Realschule machte sie eine Ausbildung zur Industriekauffrau bei der Riedel de Haen AG in Seelze und war dort von 1974 bis 1981 Verkaufssachbearbeiterin. Anschließend arbeitete sie bis 1985 als Sekretärin und Sachbearbeiterin für Jugendfragen im Evangelischen Stadtjugenddienst in Hannover. 1981 erwarb sie die Hochschulreife und 1991 schloss sie ihr Erziehungswissenschaften-Studium (Diplom-Pädagogik) an der Universität Hannover ab. Edeltraud Glänzer ist seit 1975 Mitglied der IG BCE und nahm zahlreiche ehrenamtliche und gewerkschaftliche Funktionen – unter anderem als Vertrauensfrau und Betriebsrätin – wahr. Seit 1991 arbeitet sie hauptamtlich für die IG BCE, zunächst als Gewerkschaftssekretärin in der Bezirksleitung Rheinland-Pfalz/Saarland in Mainz und ab 1997 als stellvertretende Leiterin desselben Landesbezirks. 2005 wurde sie in den geschäftsführenden Vorstand der IG BCE gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende ist sie aktuell unter anderem zuständig für Mitbestimmung, Sozialpolitik, Frauen/Gleichstellung. Sie ist außerdem stellvertretende Vorstands-Vorsitzende der Hans-Böckler-Stiftung und Vorstandsvorsitzende der August-Schmidt-Stiftung. Edeltraud Glänzer ist verheiratet und hat ein Kind.

Es war immer die Eigeninitiative, die mich vorantrieb, und der Entschluss: Wenn ich etwas mache, dann mache ich das richtig, durch intensive Arbeit.

Als Kind hatte ich den Traum, Stewardess zu werden, wollte in die weite Welt hinaus. Kinderkrankenschwester war die Alternative. Aber beides war nicht drin. Zur Flugbegleiterin fehlten mir einige Zentimeter, und als Kinderkrankenschwester hätte ich mit 15 nach Hannover ziehen müssen. Für meine Eltern – meine Mutter war Packerin in einem Betrieb der chemischen Industrie, mein Vater Rangierer bei der Bahn – war das undenkbar. Und so machte ich schließlich in meinem Heimatort eine Ausbildung zur Industriekauffrau.

Nach der Ausbildung bin ich einfach ins Betriebsratsbüro marschiert und habe gesagt, dass ich gern in die Gewerkschaft eintreten würde. Das war sehr ungewöhnlich für eine Frau, noch dazu aus dem kaufmännischen Bereich. Aber offensichtlich hat das dem Betriebsratsvorsitzenden imponiert, sodass er zwei Monate später auf mich zukam und mir nahelegte, zur Betriebsratswahl zu kandidieren. Ich bekam die zweitmeisten Stimmen und begann, den kaufmännischen Bereich systematisch zu organisieren.

Meine Arbeit bei Riedel de Haen in Seelze hat mir damals viel Spaß gemacht. Ich habe im Export gearbeitet und war zuständig für Ausfahrten nach Afrika, hatte also auch hier die weite Welt um mich herum. Irgendwann habe ich dann entschieden, mich weiterzuqualifizieren, die Hochschulreife zu erwerben und zu studieren. Finanziert habe ich das Studium größtenteils durch meine Tätigkeit beim evangelischen Stadtjugenddienst und später auch mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.

Nach dem Abschluss meines Studiums bekam ich das Angebot, mich beim Landesbezirk

Rheinland-Pfalz/Saarland in Mainz der damaligen IG CPK (Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik) um eine hauptamtliche Stelle zu bewerben. Das habe ich sehr gern angenommen, zumal mein Mann zu dieser Zeit in Wiesbaden Pfarrer war. Mit der Fusion zur IG BCE bekam ich die Möglichkeit, stellvertretende Landesbezirksleiterin zu werden.

2005 folgte dann das Angebot, für den geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE zu kandidieren. Mein Mann war inzwischen Stadtdekan in Wiesbaden und unser Sohn neun Jahre alt, und natürlich haben wir uns intensiv mit der Frage beschäftigt, wie wir die damit einhergehende räumliche Trennung so organisieren können, dass unser Sohn so wenig wie möglich darunter leidet. So pendelte ich schließlich nach meiner Wahl zwischen Wiesbaden und Hannover, was zugegebenermaßen eine besondere Herausforderung war. Inzwischen ist unser gemeinsamer Lebensmittelpunkt in Hannover.

Meine Wahl 2013 zur stellvertretenden Vorsitzenden der IG BCE war etwas Besonderes. Erstmals gab es nun auch in einer Industriegewerkschaft eine Frau in dieser Position – und das bei einem Frauenanteil an den Mitgliedern von rund zwanzig Prozent. Inzwischen beträgt der Organisationsgrad durchschnittlich etwa 27 Prozent. Das mag auf den ersten Blick wenig erscheinen, dahinter steckt jedoch jede Menge Arbeit.

Über Sozialpartner-Vereinbarungen ist es uns inzwischen vielfach gelungen, die Themen „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und vor allem auch „Chancengleichheit für Frauen und Männer“ so mitzugestalten, dass wir nicht einfach die Eltern entlasten, sondern darüber hinaus gezielt die berufliche Entwicklung von Frauen fördern. Es geht darum, dass sie in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren können und auch in Elternzeiten den Kontakt zu ihrem Arbeitsumfeld nicht verlieren, sich vielmehr weiterqualifizieren können. Die demografische Entwicklung war immer unser stärkstes Argument. Und inzwischen haben die Unternehmen endlich verstanden, dass sie auf Frauen nicht mehr verzichten können.

Das Thema „Frauen in Führungspositionen“ haben wir ebenfalls gemeinsam mit dem Sozialpartner auf die Agenda gesetzt. Es geht dabei unter anderem um eine vernünftige Personalent-

wicklung, um systematische Qualifizierungen und gemischte Teams.

Wir selbst – die IG BCE – haben uns natürlich auch in die Pflicht genommen und uns 2006 im Rahmen des Audits „berufundfamilie“ zertifizieren lassen. Wir waren die erste Gewerkschaft, die das gemacht hat! Für uns war immer wichtig, nicht nur von anderen zu fordern, sondern auch selbst aktiv zu werden. Dadurch wissen wir ganz genau, wovon wir reden.

Unser aktuelles Ziel ist, den Frauenanteil bei den politischen Sekretär\*innen auf allen Ebenen bis hin zu den Aufsichtsratsmandaten auf mindestens dreißig Prozent zu steigern. Hier bleibt noch einiges zu tun – wir sind aber auf einem guten Weg.

Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit – und das bedeutet nichts anderes als Gute Arbeit. Das gilt erst recht im Zuge der immer stärker ausgeprägten Digitalisierung. Absehbar ist, dass in der Administration und in den Labors – gerade in den Bereichen, in denen viele Frauen beschäftigt sind – Arbeitsplätze wegfallen und sich Qualifikationsprofile wandeln werden. Welche Tätigkeiten werden dann wie vergütet? Und wie können wir die Mitbestimmung so stärken, dass diese Entwicklungen aktiv angegangen werden können? Daran arbeiten wir an verschiedenen Stellen – zum Beispiel zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen eines Forschungsverbands. Außerdem haben wir eine eigene Zukunftskommission „Digitale Agenda“ eingerichtet, die mit fachlicher Expertise Gestaltungs- und Strategievorschläge erarbeitet.

Die IG BCE hat in den vergangenen Jahren immer wieder ihre Dialogfähigkeit bewiesen, nicht nur bei der Gleichstellung von Frauen, sondern auch bei der Energiewende, in Fragen der Bio- und Gentechnologien oder aktuell bei der Integration von Geflüchteten.

Unser übergreifendes Ziel lautet: Wir wollen die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie in unserem Lande stärken. Dazu gehören aus unserer Sicht eine Sozialpartnerschaft und umfassende Mitbestimmung, gepaart mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft unseres Landes. „Wir sind Demokratie“ lautete das Motto der Eröffnungsveranstaltung unseres Gewerkschaftskongresses 2018. Das lebt unsere Organisation.

”

**Es geht nicht allein um fachliche Kompetenz, sondern immer auch um Durchsetzungsfähigkeit und Überzeugungskraft.**

Birgit Steinborn (geboren 1960 in Berlin) ist Diplomsoziologin und Gesamtbetriebsratsvorsitzende sowie stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens AG. Dort begann sie 1978 eine Ausbildung als Industriekauffrau und übernahm später verschiedene Aufgaben und Funktionen in Berlin, Karlsruhe und Hamburg. Während ihres Soziologie-Studiums trat Birgit Steinborn 1985 in die IG Metall ein, wurde 1990 erstmals in den Siemens-Betriebsrat gewählt und war ab 1996 Betriebsratsvorsitzende in Hamburg. 2008 wurde sie stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende und ist seitdem auch Mitglied im Aufsichtsrat. 2013 wurde sie zur ersten Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Siemens AG und 2015 zur stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Birgit Steinborn ist verheiratet und lebt in der Nähe von Hamburg.



Ich war gerade mal dreißig Jahre alt und in einem von Männern dominierten Betrieb mit 3 000 Beschäftigten – der Frauenanteil lag damals bei 18 Prozent – die erste Frau im Betriebsrat mit einer Freistellung. Es hat einige Zeit gedauert, bis die Firmenvertreter das akzeptierten. Zu groß waren damals noch die Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Frauen – auch bei einigen männlichen Kollegen. Für viele Führungskräfte war ich ein Fremdkörper im Betriebsrat, manche betrachteten mich als „Quotenfrau“. Dort waren doch bisher immer nur Männer, die einzige Frau im Betriebsratsbüro war die Sekretärin.

Ich begann mich mit IG Metall-Kolleginnen aus anderen Unternehmen auszutauschen. Wenn man seine Position festigen will, geht es nicht allein um fachliche Kompetenz, sondern immer auch um Durchsetzungsfähigkeit und Überzeugungskraft. Wie meine männlichen Kollegen habe ich mir Unterstützer und Verbündete im Betriebsrat und unter den Vertrauensleuten gesucht, also Netzwerke geschaffen. Gleichzeitig habe ich in Ausschüssen und in der IG Metall mitgearbeitet, um mein Profil zu festigen. Insbesondere für einen Gleichstellungsausschuss hatte ich mich eingesetzt, den ich dann auch über Jahre hinweg geleitet habe.

Es hat sich bei Siemens inzwischen einiges getan. Frauen sind heute auf allen Ebenen viel stärker präsent. Das hat damit zu tun, dass Frauen qualifizierter und selbstbewusster geworden sind, aber auch viele Männer für eine konsequente Gleichstellungspolitik gewonnen werden konnten. Und es liegt daran, dass wir auf allen Ebenen unsere Rechte eingefordert und für bessere Personalentwicklungskonzepte gekämpft haben. Das betrifft auch Managementfunktionen. Eine weibliche Arbeitsdirektorin ist bei Siemens in der Vergangenheit undenkbar gewesen.

Ein wichtiger Schritt war für mich der Wechsel in den Gesamtbetriebsrat (GBR). Das war 2006, als Siemens damit begann, seine Kommunikationssparte auszugliedern und schließlich zu verkaufen. Wir Betriebsräte wollten die Arbeitsplätze langfristig erhalten – damals eine harte Bewährungsprobe für uns alle. Das war aber auch ein Schlüsselerlebnis für mich. Es ging darum, wie sich das Unternehmen schnell grundsätzlich verändern kann und darum, wie wir Betriebsräte gemeinsam mehr Einfluss bekommen,

um Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern. Das hat sich dann ja auch in der Wirtschaftskrise gezeigt: Mitbestimmung und Beteiligung haben entscheidend zum Erhalt der Arbeitsplätze beigetragen. Auch hier reichen fachliche Argumente allein nicht aus, sondern es braucht Macht und Durchsetzungskraft. Das gilt umso mehr in Zeiten des Strukturwandels.

Einen Gender-Blickwinkel habe ich auch in dieser Funktion beibehalten und die Themen der Kolleginnen immer wieder in den GBR eingebracht.

Wie sich künftige Entwicklungen, insbesondere der Vormarsch der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz gerade auch auf die Arbeitsplätze von Frauen im Konzern auswirken werden, kann ich noch nicht absehen. Es ist wahrscheinlich, dass Standardtätigkeiten zunehmend wegfallen, aber es entstehen auch neue Jobs. Hier brauchen wir Instrumente, um diesen Strukturwandel vorausschauend zu gestalten. Qualifizierung für alle ist dabei ein zentraler Punkt. Auf unser Drängen hin hat sich der Konzern inzwischen dazu bereit erklärt, hierfür beträchtliche zusätzliche Finanzmittel bereitzustellen.

Ferner benötigen wir jede Menge Innovationen. Hierfür muss es Beteiligungsmöglichkeiten geben und Anreize für die Beschäftigten, entsprechende Ideen zu entwickeln. Das Thema behandeln wir bei Siemens in einer paritätischen Kommission zusammen mit dem Arbeitgeber.

Wenn wir etwas erreichen wollen, egal ob als Frau, Mann oder in der Betriebsratsfunktion, ist es wichtig, sich stärker untereinander zu vernetzen und auszutauschen und sich gegenseitig zu stärken. Themen wie „gleiche berufliche Perspektiven für Männer und Frauen“ sowie „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ sind ständig bei uns auf der Tagesordnung. Gemeinsam mit meinen Kollegen setze ich mich für die Gleichstellung der Geschlechter, bessere Arbeitsbedingungen auch für Frauen und dafür ein, dass Beschäftigte Leben und Arbeit leichter miteinander vereinbaren können.

Die betriebliche und die Unternehmensmitbestimmung zu erhalten und auszubauen ist auch für die Zukunft eines meiner wichtigsten Ziele, denn das ist die Basis für unseren Einsatz für die Beschäftigten. Dazu brauchen wir deutlich mehr Mitbestimmung und Beteiligung.





”

## Alle Astronauten, die Deutschland bisher gestellt hat, waren Männer.

Dr. Suzanna Randall (geboren 1979 in Köln) ist Astrophysikerin und arbeitet als Forscherin an der ESO (European Southern Observatory) in Garching bei München. Sie beschäftigt sich innerhalb ihrer Forschung mit der Evolution von Sternen und arbeitet für das ALMA-Teleskop-Projekt in Chile. Nach dem Abitur studierte sie Astronomie an der University of London und promovierte in Astrophysik an der Universität Montreal/Kanada. Die Initiative „Astronautin“ hat im April 2017 in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und Airbus zwei Kandidatinnen ausgewählt, als erste deutsche Wissenschaftlerinnen in den Weltraum zu fliegen. Suzanna Randall und Dr. Insa Thiele-Eich haben im August 2017 ihr Training für den Flug ins All begonnen.

# Suzanna Randall



erlebt für 22 Sekunden Schwerelosigkeit. Im nächsten Jahr werden wir voraussichtlich im Tauchbecken mit dem Raumanzug trainieren. So kann man simulieren, wie es im Weltraum wäre.

Ansonsten beschäftige ich mich jetzt viel mit Raumfahrttheorie, damit kenne ich mich noch nicht so gut aus. Auch dabei unterstützt mich unser Astronautentrainer, der auch schon mit Alex Gerst, der zurzeit auf der ISS tätig ist, gearbeitet hat. Als offizieller ESA-Astronaut hat der aber den Luxus, sich – wenn er auf der Erde ist – voll auf sein Training konzentrieren zu können. Ich hatte mich übrigens auch – wie Alexander Gerst – schon bei der Ausschreibung 2008/2009 beworben, aber leider vergeblich. Als ich dann zufällig auf den Aufruf von „Die Astronautin“ gestoßen bin, war klar, dass das womöglich meine letzte Chance ist, Astronautin zu werden.

Bisher bekommt das Projekt keine staatliche Förderung, deshalb haben wir natürlich nicht die finanziellen Möglichkeiten, wie es sie bei der ESA gibt. Es ist auch noch nicht klar, wann wir die fünfzig Millionen Euro zusammenhaben werden, die wir brauchen. Wir hoffen, dass es im Zeitraum 2020 bis 2022 endlich klappt mit dem ersten Start einer deutschen Frau in den Weltraum. Den Flug müssen wir kaufen, und das ist extrem teuer. Im Moment fliegt nur die russische Sojus Menschen zur ISS; im nächsten Jahr sollen noch zwei amerikanische Anbieter dazukommen. Die Konkurrenz drückt dann vielleicht die Preise ein bisschen.

Prinzipiell ist uns wichtig, dass wir keinen Weltraumtourismus machen, sondern wirklich zur ISS fliegen, um dort über sieben bis zehn Tage hinweg vor allem wissenschaftliche Experimente zu machen. Schließlich wollen wir ja mit unserer Initiative auch das Interesse von Mädchen an naturwissenschaftlich-technischen Berufen fördern.

Im Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es seit 1994: Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Wenn man das ernst nimmt, könnte uns der Staat ruhig ein bisschen mehr fördern. Allein schon wegen unserer Vorbildfunktion: Mein kleiner Neffe hat sich seine Haare abrasiert, um auszusehen wie unser Mann im All. Und was ist mit den kleinen Mädchen, die vom Weltraum träumen?

\* European Space Agency (ESA), Europäische Weltraumorganisation.

Der Anblick unseres eigenen Planeten aus dem All, darauf freue ich mich bei meinem ersten Weltraumflug am meisten. Das mit eigenen Augen zu sehen ist schon etwas anderes, als auf Fotos.

Tatsächlich habe ich schon als Jugendliche jedem, der es hören wollte, erzählt: „Ich werde die erste Frau auf dem Mars!“ Das war ganz klar mein Berufswunsch. Bis mir irgendwann ernüchternd klar wurde: Das ist kein Beruf, den man wählen kann, sondern man wird ausgewählt. Alle zehn bis 15 Jahre macht die ESA\* eine Ausschreibung – aber alle elf Astronauten, die Deutschland bisher gestellt hat, waren männlich. Damit sind wir – neben Kasachstan – das einzige Land der Welt, das mehr als zwei Astronauten gestellt, aber noch nie eine Frau in den Weltraum geschickt hat. Das finde ich schon ein bisschen skandalös für ein Land, in dem Gleichberechtigung angeblich großgeschrieben wird.

Weil ich mich aber wirklich ernsthaft für alles interessiert habe, was mit dem Weltraum zusammenhängt, beschloss ich nach der Schule, Astrophysik zu studieren. In Deutschland war das aber kein eigenständiger Studiengang, sondern man konnte sich allenfalls im Rahmen eines Physikstudiums darauf spezialisieren. Deshalb bin ich nach London gegangen, da konnte ich von der ersten Woche an ans Teleskop und an der Sternwarte forschen.

Ursprünglich hat mich vor allem diese Unendlichkeit fasziniert, die für unser Gehirn ja gar nicht vorstellbar ist. Über diese Faszination bin ich zur Astronomie und zur Astrophysik gekommen. Darüber habe ich dann auch promoviert, in Kanada, an der Universität in Montreal. Anschließend bin ich ans ESO – European Southern Observatory – hier in Garching gegangen. Die betreiben in Chile die größten Teleskope der Welt, und das war auch so ein Kindheitstraum: In Chile

in der Atacama-Wüste auf 5000 Metern Höhe in die Sterne zu gucken. Mittlerweile arbeite ich seit 2006 hier als Astronomin und bin inzwischen sogar fest angestellt, was in der Wissenschaft ein seltener Glücksfall ist.

Zu meinem Aufgabengebiet gehört das ALMA-Projekt, das letzte große Teleskop, das in Betrieb genommen wurde. Wir beobachten damit das kalte Universum und erkunden auf diese Weise die allerersten Galaxien und wie Sterne und Planeten aus Riesenstaubwolken entstehen. Daraus können wir Erkenntnisse gewinnen, wie unsere Sonne und auch die Erde entstanden ist. Ich fahre regelmäßig zum Beobachten nach Chile. Und wenn ich im Institut in Garching bin, arbeite ich an der Software, die benutzt wird, um die Datenqualität der Teleskope zu sichern.

Unabhängig davon habe ich mein eigenes Forschungsgebiet, die pulsierenden blauen Unterzergsterne. Das sind sehr kleine und sehr heiße Sterne. Mit 30000 Grad Kelvin ist ihre Temperatur viel höher als die der Sonne. Durch ihre Schwingungen ist es möglich, sie mit Methoden der Akustik von innen zu erforschen, das nennt sich Asteroseismologie. Ich arbeite dabei in einem internationalen Team. Das sind auch die Vorteile meines Jobs: Man lernt sehr viele unterschiedliche Leute kennen, kommt viel herum, bereist verschiedene Kontinente.

Diese Arbeit mache ich jetzt auch weiterhin. Das Astronautentraining nimmt derzeit nur ungefähr zwanzig Prozent meiner Arbeitszeit in Anspruch. Momentan mache ich bei einer privaten Flugschule meinen Pilotenschein, das macht viel Spaß. In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt haben wir auch schon so genannte Parabelflüge gemacht: Dabei geht das Flugzeug zunächst in einen sehr steilen Steigflug, dann werden die Triebwerke runtergefahren und man befindet sich im freien Fall und

”

## Wir brauchen eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik.

Monika Hauser



Dr. Monika Hauser (geb. 1959 in Thal/Schweiz) ist Ärztin und gründete in den 1990er-Jahren die Frauenrechtsorganisation *medica mondiale* e. V. mit dem Ziel, kriegstraumatisierten Frauen medizinische und psychologische Hilfe zu leisten und das Thema „sexualisierte Kriegsgewalt“ zu enttabuisieren. Nach dem Abitur studierte sie Medizin in Innsbruck, promovierte 1984 und machte ihr medizinisches Staatsexamen in Bologna/Italien. Ihre Approbation erhielt sie 1988 in Deutschland, wo sie in Essen Assistenzärztin war und sich zur Fachärztin für Gynäkologie ausbilden ließ. Ende 1992 fuhr sie in das Kriegsgebiet in Bosnien und errichtete gemeinsam mit lokalen Fachfrauen ein Therapiezentrum für traumatisierte Frauen. Parallel dazu gründeten engagierte Unterstützer\*innen in Köln 1993 den Verein *medica mondiale* e. V., der seine Arbeit in den Folgejahren auf den Kosovo, Afghanistan und viele andere Länder ausweitete, in denen Frauen sexualisierte Kriegsgewalt erleben und erlebt haben. Monika Hauser erhielt 2008 den Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) und viele weitere Auszeichnungen, darunter 2017 die Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft. Sie ist verheiratet und hat einen Sohn. Ihr Partner unterstützte sie von Beginn an politisch und übernahm die Haus- und Familienarbeit.

Die Kriege 1992 in Bosnien, sechs Jahre später im Kosovo, 2001 in Afghanistan, 2003 im Irak – das alles ist schon wieder weit weg. Was vielleicht hängen geblieben ist, sind die Schlagzeilen: massenhafte Vergewaltigungen in Bosnien, das gleiche später im Kosovo. Dabei spielt sexualisierte Gewalt in jedem Krieg eine zentrale Rolle. Sie wird meist nur nicht thematisiert, und auch die Ursachen wie Machtgefälle und patriarchale Strukturen werden nicht angegangen. Deshalb kehrt diese Gewalt immer wieder zurück.

Als angehende Gynäkologin hatte ich 1992 bereits mit vergewaltigten Frauen unterschiedlicher Herkunft gearbeitet und wusste, wie schwer es den Betroffenen fällt, überhaupt im Leben wieder Fuß zu fassen. Schon damals war mir klar, dass empathische fachliche Unterstützung und ein stressreduzierendes Umfeld notwendig sind, damit Frauen wieder zu sich und in die Gesellschaft zurückfinden können.

Als ich dann von den massenhaften Vergewaltigungen erfuhr, entschied ich mich rasch dazu, nach Zenica in Zentral-Bosnien zu fahren, wo der Krieg noch nicht wütete und Zehntausende Frauen und Kinder Zuflucht gefunden hatten. Dort suchte ich mir bosnische Mitstreiterinnen – Psychologinnen, Ärztinnen, Krankenschwestern –, um vergewaltigten Frauen Hilfe anzubieten. Wir haben dabei von Anfang an mitbedacht, dass die eigentliche Arbeit einheimische Fachfrauen machen müssen. Als Impulsgeberin sah ich meine Rolle erst einmal darin, die Mittel und organisatorischen Grundlagen für ein solches Projekt zu sichern.

Von der Stadt Zenica mietete ich einen Kindergarten an, den wir gemeinsam mit Spendengeldern aus der ZDF-Sendung „Mona Lisa“ zu einer psychologischen und gynäkologischen Ambulanz mit OP und Wohnräumen umbauten. Anfang April 1993 konnten wir dann das Frauen-Therapie-Zentrum eröffnen.

In der ersten Zeit sind wir eher intuitiv an die Dinge herangegangen. Wir haben Flüchtlingslager aufgesucht, sind in Turnhallen gegangen, wo viele Menschen untergebracht waren, und haben Räume abgetrennt und die Frauen eingeladen, dorthin zu kommen. Wir versuchten, Schritt für Schritt Vertrauen aufzubauen, brachten den Frauen Lebensmittel und Spielzeug für die Kinder

mit. Und entgegen gängiger Vorurteile haben wir erlebt, wie sich viele (muslimische) Ehemänner sehr liebevoll um ihre traumatisierten Frauen kümmerten. Einige von ihnen haben uns geradezu gebeten, ihre Frau in das Programm aufzunehmen.

Im Laufe der Jahre haben wir für diese Arbeit einen eigenen stress- und traumasensiblen Ansatz entwickelt, der auf den Erfahrungen aus den Projekten basiert. Die Frauen lernen, ihre belastenden Gefühle als normale Reaktionen auf unnormale Gewalt zu begreifen und so mit ihnen umzugehen. Dazu unterstützen die Beraterinnen sie mit Imaginations-Techniken wie zum Beispiel einer imaginierten Fernbedienung, mit der die Frauen selbstbestimmt – wie in einem Film – die schrecklichen Ereignisse ablaufen lassen und wieder anhalten können. Sie lernen, die Fernbedienung wieder zurück in einen „Schrank“ zu räumen, den sie „abschließen“ können.

Ich bin selbst geprägt von nicht aufgearbeiteten Kriegstraumata meiner Eltern. Und auch von der immer nur am Rande berichteten Gewalt, die meine Mutter, meine Großmutter und Tanten durchlitten hatten. Solche Erfahrungen werden, wenn sie nicht aufgearbeitet werden, auf die folgenden Generationen übertragen und führen fast immer zu Beziehungsproblemen und erneuter Gewalt.

Bosnien-Herzegowina war vor dem Krieg ein recht fortschrittliches Land, insbesondere in urbanen Zentren wie Sarajewo. Der Krieg hat aber viel davon zerstört. Heute geht die Gesellschaft dort sehr offen mit den Wunden der Vergangenheit um. Einzigartig und ein Meilenstein in der Unterstützung von im Krieg vergewaltigten Frauen ist ein Entschädigungsgesetz, welches das bosnische Parlament 2006 auf Druck von nationalen und internationalen Aktivistinnen eingeführt hat. Danach erhalten Überlebende nicht nur eine Rente, sondern zudem Zugang zu medizinischer und psychologischer Unterstützung. Zugleich soll das Gesetz für soziale Anerkennung sorgen, indem es die Frauen den Kriegsveteranen gleichstellt. Helden und Märtyrer sind immer sichtbar, Frauen, die Gewalt erfahren haben, im allgemeinen kaum.

Leider hapert die praktische Umsetzung dieses Gesetzes an der bosnischen Administration und führt damit immer wieder zur Retraumatisierung der Frauen – also genau dem Gegenteil der

ursprünglichen Intention. An solchen Punkten zeigen sich dann wieder patriarchale, frauenabwertende Haltungen, deren Veränderung einen langen Atem braucht, wie wir ja auch aus der deutschen Geschichte wissen.

Was mich immer wieder aufregt, ist, dass die Menschen aus diesen Kriegen nichts lernen. Der Westen macht es sich zu leicht, wenn er auf so genannte Schurkenstaaten und Terrorgruppen wie Boko Haram, die Taliban und ISIS verweist, ohne auf die Kausalität zu schauen, die mit dem eigenen Handeln zu tun hat. Die westlichen Industrieländer tragen mit ihrer patriarchalen und neoliberalen Politik mit dazu bei, dass Frauen in vielen Ländern in Kriegen und desolaten Situationen leben und extremer Gewalt und Armut ausgesetzt sind. Wir tragen mit unserer vor allem auf die eigenen Interessen ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik und aktuellen Entwicklungszusammenarbeit Mitverantwortung dafür, dass die Verteilung von Ressourcen weltweit schiefläuft. Deshalb brauchen wir eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie Margot Wallström in Schweden vormacht, bei der Frauen gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch sitzen, wenn es um nachhaltige Konfliktlösung und Friedenspolitik geht. Das ist der Mehrwert unserer Arbeit: Immer wieder solche Zusammenhänge aufzuzeigen und die Sicht von Frauen einzubringen.



”

Irgendwann  
kommt das hier  
mal bei allen an!



**IRGENDWANN**

(Refrain)  
Irgendwann  
Kommt das hier mal bei allen an  
Irgendwann  
Gibt's keine Herrschaft mehr vom Mann  
Irgendwann  
Fangen wir nicht immer wieder von vorne an  
Irgendwann  
Ich glaub daran

Ich sag: Beleidigung!  
Du sagst: Stell dich nicht so an  
Ich sag: Belästigung!  
Du sagst: Stell dich nicht so an  
Ich sag: Vergewaltigung!  
Du sagst: Sie war selbst schuld daran

Ich sag: Guten Tag!  
Du sagst: Frauen reiche ich nicht die Hand  
Ich sag: Gleichberechtigung!  
Du sagst: Religionsfreiheit hat Vorrang  
Ich sag: Ich dachte man soll alle seine Nächsten lieben?  
Du sagst: Eva hat uns aus dem Paradies getrieben  
Ich sag: Ja, Aber ohne den Apfel vom Baum der Weisheit  
wären wir alle dumm geblieben

(Refrain)

Ich sag: Gender Equality!  
Du sagst: Es gibt nur 2 Geschlechter  
Ich sag: Wir sind alle gleich!  
Du sagst: Naja, die einen sind etwas schlechter  
Ich sag: Im Betrieb stellen die viel mehr Männer ein!  
Du sagst: Frauen haben ja auch zuhause am Herd zu sein.

Ich sag: Nein!  
Du sagst: Doch  
Ich sag: Nein!  
Du sagst: Doch  
Ich sag: Nein heißt Nein!  
Du sagst: Was soll das denn sein?

(Refrain)

Du sagst: Oktoberfest!  
Ich sag: Massengrabscherei  
Du sagst: Karneval!  
Ich sag: Massengrabscherei  
Du sagst: Silvester in Köln  
Ich sag: Ach was, JETZT siehst du das ein??

Du sagst: Das muss Folgen haben  
Ich sag: Ja! Irgendwann musste dir das klar sein  
Du sagst: Die Flüchtlinge verjagen  
Ich sag: Das kann doch echt nicht wahr sein  
Ich hab gedacht du hättest das Problem endlich mal kapiert  
Doch es wird bei dir lediglich instrumentalisiert  
Für deine Hetze, das ist echt das letzte, ich schätze  
Mehr als Sündenbocksuche hast du einfach nicht drauf  
Mann, steh auf! Mach deine verblendeten Augen auf

(Refrain)

Ich sag: Lass den Jungen weinen  
Du sagst: Steh jetzt deinen Mann!  
Ich frag warum ein Junge denn nicht auch weinen kann.  
Du sagst: Die Realität ist so und es ist wie es ist  
Ich sag: Realität schaffen wir selbst, also erzähl nicht  
so nen Mist  
Und sei nicht so ein Sexist  
Sondern wer du wirklich bist  
Und lass jede und jeden sein wer sie oder er wirklich ist  
Ja wir können was verändern  
Wir schaffen das zusammen  
Ich glaube daran  
Irgendwann

(Refrain)

Leah Leaf



„Irgendwann“ entstand Ende 2016, genau ein Jahr nach der berühmten Kölner Silvesternacht. Ich wollte damit an die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht erinnern und ein Zeichen setzen gegen Gewalt an Frauen, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Vergewaltigung. Doch gleichzeitig war es mir wichtig zu zeigen, dass der Feminismus, für den ich einstehe, antirassistisch ist. Denn in den Vorwürfen gegenüber den Tätern schwang immer mit, dass Geflüchtete und Asylbewerber als solche für die Übergriffe Verantwortung trügen. Plötzlich haben sich alle möglichen Leute und Gruppen, von denen man es nie erwartet hätte, die Frauenrechte an die Brust geheftet. Sie haben die Situation für eine rassistische Hetze instrumentalisiert und damit vom eigentlichen Problem – dem Sexismus in der Gesellschaft – abgelenkt.

Mit Poetry-Slam habe ich mit 17, in meinem Abi-Jahr, angefangen, ich bin aber schon mit 15 Jahren regelmäßig zu Poetry-Slams gegangen. Es ist für mich eine super schöne Sache, weil es das Schreiben mit der Performance verbindet und ich meine eigenen Erfahrungen als politisch denkender Mensch einbringen kann. Außerdem hält es mich neben meinem Jura-Studium kreativ.

Das Format ist: Bühne, Publikum, meistens fünf Minuten Zeit – keine Requisiten, keine Musik, kein Gesang, nur der selbstgeschriebene Text. Poetry-Slam ist eine lyrische Form, eine künstlerische Ausdrucksform, die Sprache und Bilder benutzt. Im deutschsprachigen Raum – also in Deutschland, Österreich und der Schweiz – gibt es inzwischen die größte Poetry-Slam-Szene weltweit, und sie zählt seit 2016 sogar als immaterielles Weltkulturerbe der UNESCO.

Leah Leaf, eigentlich Lorke, (geboren 1996 in München) ist Feministin und Poetry-Slammerin. Sie wurde unter anderem bekannt durch ihren Mitmachtext „Irgendwann“, den sie auf Kundgebungen vortrug, in dem sie die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 verarbeitet. Sie bekennt sich zu einem Feminismus, der antirassistisch ist.